
Newsletter Juli/August 2021

Editorial.....	S. 1
Führungen und Exkursionen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 4
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 13
Neu in der Bibliothek.....	S. 23
Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus.....	S. 24
Bildnachweise und Impressum.....	S. 28

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

am 1. Juli ist der Tag gegen antimuslimischen Rassismus. Am 1. Juli 2009 wurde Marwa El-Sherbini im Landgericht Dresden ermordet, als sie nach einer Zeugenaussage das Gebäude verlassen wollte. Der Mord an der schwangeren, 32-jährigen Pharmazeutin aus Ägypten wurde auch international zur Zäsur dafür, welche Folgen Islam- und Muslimfeindlichkeit haben können. Seitdem steht der 1. Juli als Tag gegen antimuslimischen Rassismus für entschiedenes Eintreten für eine solidarische, demokratische, freiheitliche und offene Gesellschaft.

„In den sozialen Medien, auf der Straße, im Alltag oder in Talkrunden – überall sprechen sich Menschen gegen Rassismus aus. Man könnte fast meinen: Alle seien sich einig, dass Rassismus in unserer Gesellschaft keinen Platz hat“, so leitet die Allianz gegen Hass auf ihrer Website die Hinweise auf die von ihr initiierten Aktionswochen gegen antimuslimischen Rassismus ein um fortzufahren: „Doch die Realität sieht anders aus.“

Dafür gibt es viele Beispiele. Für das Jahr 2020 hat das Bundesinnenministerium (BMI) bundesweit 1.026 Übergriffe auf Muslim*innen und 103 Angriffe auf muslimische Einrichtungen erfasst. Dabei sind noch lange nicht die vielen Ressentiments erfasst, denen Muslim*innen in ihrem Alltag in Deutschland ausgesetzt sind.

Vor wenigen Tagen wurde die neue „Mitte“-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht. (s. S. 16). Etliche der in der Studie Befragten teilen einen auf soziale Gruppen bezogenen Antipluralismus, der über die Abwertung als „fremd“ markierter Gruppen erfasst wurde. Dabei gibt es insbesondere Antipathien gegenüber den Gruppen

Sinti*zze und Rom*nja“ (28,9 %), Muslim*innen (21,5 %) und Geflüchteten (19 %). Die Analysen ergeben zudem bei nicht wenigen eine autoritäre Law-and-Order-Haltung. So hält beispielsweise rund jede_r Zehnte die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß [für] überfremdet“ und will Muslim*innen die Zuwanderung untersagen.

So sind Initiativen und Veranstaltungen, die sich mit dem Thema antimuslimischer Rassismus auseinandersetzen weiterhin notwendig. Einige davon finden Sie ab S. 4. Die Kommunen im Regierungsbezirk Köln, die sich an dem Landesprogramm „NRWeltoffen“ beteiligen (in Köln koordiniert durch die ibs) organisieren im September auch eine Tagung zum Thema, zu der Sie herzlich eingeladen sind (s. S. 12)

Mit den sinkenden Inzidenzzahlen können auch Museum, Gedenkstätte und Sonderausstellungen im EL-DE-Hauses wieder besucht werden. Auch sind Führungen wieder möglich. Bitte informieren Sie sich über www.nsdok.de.

Da es insbesondere bei Online-Veranstaltungen auch zu kurzfristigen Ankündigungen kommen kann, werden wir vermutlich nicht alle Veranstaltungen in Köln und Umgebung aufgenommen haben. Trotzdem bin ich überzeugt davon, dass wir auch in dieser Ausgabe wieder viele interessante Informationen für Sie haben zusammenstellen können. Der nächste Newsletter erscheint im September 2021. Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Führungen und Ausstellungen des NS-Dokumentationszentrums

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“

Führung im EL-DE-Haus

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus. Im Rahmen dieser Veranstaltung erhalten Sie einen Einblick in die Geschichte des Hauses und der Gedenkstätte. Darüber hin-

aus werden ausgewählte Aspekte der Stadtgeschichte während der Zeit des Nationalsozialismus erläutert.

Führungen finden statt am: 1., 3., 9. (englischsprachig) und 17. (für Familien) Juli sowie am 5., 7., 13. und 21. August. Bitte informieren Sie sich über Zeiten, Eintrittspreise und Anmeldemodalitäten unter www.nsdok.de

Zwischen Verdrängen und Verantwortung: Mahn- und Erinnerungsorte in der Kölner Innenstadt

Exkursion, Sonntag, 25. Juli und Donnerstag, 26. August 2021



An die Zeit des Nationalsozialismus wird heute in vielfältiger Weise erinnert: Im öffentlichen Raum und der Medienlandschaft, in Schule, Politik und gesellschaftlichen Diskursen wird der Opfer dieser Zeit gedacht. Diese Gedenk- und Erinnerungskultur hat ihrerseits aber eine wechselvolle, oft um-

strittene Geschichte. Ausgehend vom EL-DE-Haus und der Gedenkstätte Gestapogefängnis erkunden Sie Erinnerungsstätten im näheren Stadtraum: Anhand von Denkmälern, den Stolpersteinen oder neueren Mahnmalen werden die verschiedenen Formen und Ausdrücke der öffentlichen Erinnerungskultur in Köln erläutert.

Bitte informieren Sie sich über Zeiten, Eintrittspreise und Anmeldemodalitäten unter www.nsdok.de

Jüdisches Leben in Köln – Rund um den Rathenauplatz

Exkursion, Sonntag, 25. Juli 2021, 15 Uhr, Köln-Innenstadt

Entdecken Sie das jüdische Köln rund um den Rathenauplatz: die beeindruckende Synagoge der orthodoxen Gemeinde und die vielen ehemaligen Stätten der reichhaltigen jüdischen Geschichte Kölns. (Eine Besichtigung des Innenraumes der Synagoge findet in diesem Rahmen nicht statt.)

Mit: Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: vor der Synagoge Roonstraße

Gebühr: 6 Euro



Anmeldung bis 19.07.2021 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=36289&inst=14

Das jüdische Köln – Vom „Jüddespidohl“ durch das jüdische Ehrenfeld Exkursion, Sonntag, 29. August 2021, 15 Uhr, Köln-Ehrenfeld

Ehrenfeld besitzt eine eindrucksvolle jüdische Vergangenheit und Gegenwart. Der Rundgang öffnet den Blick für die jüdischen Bewohner*innen und ihr Leben.

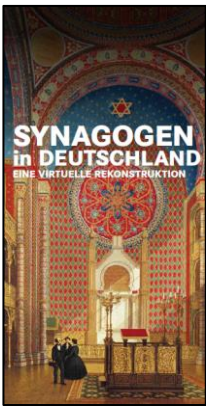
Mit: Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: Wohlfahrtszentrum Ottostr. 85 (Eingang Nussbaumer Str.) Köln-Ehrenfeld

Gebühr: 6 Euro

Anmeldung bis 23.08.2021 unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=36290&inst=14

Synagogen in Deutschland. Eine virtuelle Rekonstruktion Ausstellung, bis 19. September 2021, EL-DE-Haus



Die Rekonstruktionen entstanden als Reaktion auf den Anschlag von Neonazis auf die Synagoge in Lübeck im Jahr 1994. 2019 wird auf die Synagoge in Halle ein Anschlag verübt. Diese Taten zeigen, wie offen und brutal Antisemiten und Rechtsradikale in unserer Gesellschaft wieder agieren. Die Ausstellung will dagegen ein Zeichen setzen. Sie lässt die zumeist unbekannt Pracht von Synagogen, die in der

NS-Zeit zerstört wurden, virtuell wiederauferstehen.

Auch die Kölner Synagoge Glockengasse steht im Mittelpunkt der Präsentation, deren verlorene Schönheit mittels Projektionen und Animationen vermittelt wird.

Die Ausstellung der Technischen Universität Darmstadt in Zusammenarbeit mit dem NS-Dokumentationszentrum und der Kölner Synagogen-Gemeinde ist bis 19. September 2021 im EL-DE-Haus zu sehen und steht unter www.nsdok.de zudem als virtueller 360° Rundgang verfügbar.

Die Cellistin von Auschwitz. Die Geschichte von Anita Lasker-Wallfisch Ausstellung und Führungen, bis 3. Oktober 2021, EL-DE-Haus

Anita Lasker-Wallfisch spielte im Mädchenorchester von Auschwitz und wurde dadurch vor dem Tod bewahrt. Sie überlebte die Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen. Lukas Riegenberg und Barbara Kirschbaum haben ein Kinderbuch mit dem Titel „Du wirst gerettet werden“ über ihr Leben verfasst. Auf der Grundlage des Buches gestaltete Georg Bungarten die Ausstellung „Die Cellistin von Auschwitz“. Sie zeigt Begebenheiten aus Kindheit und Jugend der Schwestern Anita und Renate Lasker, ihre Widerstandsaktion und ihr Überleben.

Die Ausstellung bietet mit ihrem biografischen Zugang Kindern erste Informationen zur jüdischen Verfolgungsgeschichte und damit einen Anlass, über die NS-Diktatur, Hitler und den Holocaust ins Gespräch zu kommen und ihre Fragen zu beantworten.

Zugleich verweist die Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorurteilen und Diskriminierungen auf überaus aktuelle Themen. Ergänzend wird die Cello-Installation aus der zweiteiligen Arbeit „Konzert für Buchenwald“ von Rebecca Horn gezeigt.

Führungen durch die Ausstellung am 1. Juli 2021 um 17 Uhr und am 4. August 2021 um 15 Uhr (für junge Menschen von 8 bis 12 Jahren). Infos und Anmeldung unter www.nsdok.de



Weitere Veranstaltungen

Dem Infektionsgeschehens geschuldet können Veranstaltungen vielleicht auch im Juli und August nur online stattfinden können. Bitte informieren Sie sich auf den Kanälen der Veranstalter*innen über die aktuellen Entwicklungen.

Zeichen setzen: Tag gegen antimuslimischen Rassismus

Aktionen, Donnerstag und Freitag, 1. und 2. Juli 2021, Köln

Zum Aktions- und Gedenktag am 01.07.2021, dem Tag gegen antimuslimischen Rassismus, haben sich verschiedene Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen zusammenschlossen, um ein Zeichen gegen antimuslimischen Rassismus zu setzen: „Wir sind ein Zusammenschluss von: AK Muslimische Flüchtlingsarbeit in Köln, Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e. V., Die Streiber AG, IGMG Regionalverband e. V., Integrationshaus e. V., Miteinander e. V., Polizeiseelsorge Köln. Als internationaler Tag gegen antimuslimischen Rassismus steht der 1. Juli für entschiedenes Eintreten für eine solidarische, demokratische, freiheitliche und multireligiöse Gesellschaft.

Unter dem #keinplatzfürhass und #distanzierdich gibt es unterschiedliche Aktivitäten im Kölner (digitalen) Raum.

01.07.2021, 15:00 – 17:00 Uhr: Infostand der Polizei NRW Köln, Kontaktbeamte muslimische Institutionen, zum Thema antimuslimischer Rassismus an der Kalker Post

01.07.2021, 18:30 – 20:00 Uhr: Live-Stream: Talkrunde: #Distanziert Euch! Antimuslimischer Rassismus in unserer Gesellschaft. Mit: Birsen Ürek, Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e. V., Saloua Mohammed, Aktivistin, Julia Hüngsberg, Kontaktbeamtin für muslimische Institutionen, Polizei NRW Köln, von Yasemin Yıldırım, Mitbegründerin von ZJ. Zusammenhalt Jetzt!

Link zum Livestream: <https://youtu.be/EYlloGOBfvl>

02.07.2021, 14:00 Uhr: Live-Stream der Freitagspredigt aus der Safaa Moschee in Köln-Ostheim mit Mouloud Haji

Link zum Livestream: <https://youtu.be/pEczEKpGIKA>

Illustrations-Werkstatt

Online-Workshop, Donnerstag, 1. Juli 2021, 14 Uhr

Anlässlich des Internationalen Tages gegen antimuslimischen Rassismus am 1. Juli veranstaltet Coach e.V. einen kreativen Empowerment-Raum für Menschen muslimischen Glaubens: „Unter der Leitung der Comiczeichnerin und Illustratorin Soufeina Hamed ‚by_tuffix‘ laden wir interessierte Muslim:innen herzlich zur Illustrations-Werkstatt ein.

Was ist grafisches Erzählen? Und was haben Illustrationen mit Rassismus zu tun? Soufeina Hamed (Tuffix) gibt neue Einblicke in die unterschätzte Kunstform und gemeinsam mit ihr entwickeln die Workshop-Teilnehmenden selbst Il-

lustrationen zu den Themen Vielfalt und Ausgrenzung.

Dabei haben sie die Möglichkeit, ihre Erfahrungen zu teilen, Handlungsstrategien durchzuspielen und das Zeichnen zu testen.“

Zielgruppe: Muslim:innen (Jugendliche und junge Erwachsene bis max. 27 Jahren)

Material: Stifte und Papier. Gute Internetverbindung sowie Zugang über Laptop bzw. Tablet.

Anmeldung: mit einer kurzen Angabe zur Person/Organisation bei: kabteni@coach-koeln.de

Coach e.V.
Kölner Initiative für Bildung und Integration junger Migranten

MENSCHEN, BILDER, ORTE

Online-Ausstellungseröffnung, Donnerstag, 1. Juli 2021, 18 Uhr



Der LVR teilt mit: „Im Rahmen des bundesweiten Festjahres erzählt die Wanderausstellung aus 1700 Jahren jüdischem Leben in Deutschland, mit einem Fokus auf NRW. Nach ihrem Start in der Alten Synagoge Essen und ihrer Station im Landeshaus des LWL in Münster entfaltet die Ausstellung auch in Köln dieses Narrativ jüdischen Lebens von gestern, heute und morgen: Recht und Unrecht, Religion und Wissenschaft, Orte und Zeiten. Ganz unterschiedliche Biographien und Bilder erzählen vom

vielfältigen jüdischen Leben und von jüdischer Kultur im deutschsprachigen Raum seit Kaiser Konstantin.

Vom Auf und Ab, vom Ausgegrenztsein und Verfolgtwerden, aber auch vom gesellschaftlichen Miteinander, von Zusammenhalt und Zusammengehörigkeit, von Alltags- und Lebenswelten.

Über Interaktionen können Interessierte diese Geschichte und Gegenwart als Teil der deutschen Gesamtgeschichte selbst entdecken. Dabei geht es nicht nur um das Lesen, sondern darum zuzuhören, Fragen zu beantworten und sich aktiv mit einzubringen.“

Programm:

18:00: Begrüßung: Anne Henk-Hollstein, Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland; Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger, LWL-Kulturdezernentin und Vorstandsmitglied der LWL-Kulturstiftung; Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

18:15: Einführung in die Ausstellung: Dr. Christiane Twiehaus, Leitung der Abteilung Jüdische Geschichte und Kultur im MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln

18:30: Gesprächsrunde

Aaron Knappstein, Präsident des Karnevalsvereins Kölsche Kippa Köpp e.V. von 2017

Dr. Laura Cohen, Wissenschaftliche Referentin und Projektkoordinatorin des Festjahres im MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln

Dalia Grinfeld, Co-Vorsitzende des Vereins Keshet Deutschland e.V.

Rafi Rothenberg, Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln, „Gescher La-Massoret e.V.“

Shira Rademacher, Lehrerin für Jüdische Religionslehre

Moderation: Mirna Funk

Pandemiebedingt findet die Eröffnung ohne Publikum statt. Link zur Veranstaltung:

<https://www.youtube.com/watch?v=vhzyeEE-gUjs>

Eine vorherige Anmeldung ist nicht notwendig.

Die von MiQua. LVR-jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln und der LWL-Kulturstiftung kuratierte Wanderausstellung wird vom 2. Juli 2021 bis zum 12. August 2021 im Nordfoyer des Landeshauses des LVR in Köln gezeigt. Alle Informationen zu Ihrem Besuch sowie Kurzführungen, die Video-Reihe „#TuesdayTalks“ und eine pädagogische Handreichung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Wanderausstellung finden Sie unter: www.miqua.blog



„Männer können nicht Kanzlerin werden“ - oder doch?

Online-Seminar, Donnerstag, 1. Juli 2021, 10 Uhr

Die Koordinierungs- und Fachstelle des Aktionsbündnis für Demokratiestärkung und Antirassismus (a.d.a.) Rhein-Erft-Kreis lädt ein: *„Kinder sind aufmerksame und wissbegierige Beobachter*innen ihres Lebensumfeldes und erhalten so Botschaften über das soziale Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Diese Botschaften sind nicht neutral, sondern spiegeln gesellschaftliche Normen und Bewertungen wider. Wer fegt die Straße, wer ist Entscheidungsträger, welche Personen sind Hauptfiguren in Kinderbüchern? Der Ansatz der vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung thematisiert, welche Bedeutung diese*

Botschaften haben für das Bild, das sich Kinder von sich selbst und von anderen machen.

Fachkräfte können dazu beitragen, Kinder in ihrer Identität zu stärken und Lernsituationen schaffen, in denen Kinder Vielfalt erfahren können und dazu angeregt werden, sich in andere einzufühlen. Sie können Kinder dazu ermutigen, ihre Gedanken zu äußern, über Ungerechtigkeit nachzudenken und zu überlegen, was man dagegen tun kann.“

Weitere Information zu Inhalten und Anmeldung unter: <https://ada-rheinerft.de/>

Fake News oder Wahrheit? – Religion & Verschwörungstheorien

Online-Vortrag, Donnerstag, 1. Juli 2021, 20 Uhr

Die Volkshochschule Köln lädt ein: *„Die Corona-Pandemie offenbarte, dass Verschwörungstheorien aktuell wie nie zuvor und keineswegs ein Phänomen der Vergangenheit sind. Verschwörungstheorien traten häufig in Verbindung mit der Religion auf. So wurde für den großen Brand von Rom im Jahre 64 n. Chr. der damalige Kaiser Nero verantwortlich gemacht und dieser wiederum schob die Schuld den Christen zu und ließ sie entsprechend verfolgen. Bei der Verfolgung der Hexen durch die Inquisition genügte eine einzige Verleumdung, um wegen angeblicher ‘Teufelsbuhlschaft’ auf den Scheiterhaufen zu landen. Juden waren im Lauf der Geschichte besonders häufig Opfer von Verschwörungstheorien: Verbreitung der Pest, Brunnenvergiftung, jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung bis hin zu den ‘Weisen von Zion’ und*

*der Auschwitzlüge. Auch Freimaurer*innen, Illuminat*innen oder Muslim*innen wurden und werden als Agent*innen des Bösen dargestellt. Was sind die gemeinsamen Elemente dieser Verschwörungstheorien? Inwiefern sind sie als religiöses Phänomen einzuordnen? Wie sind die Entstehung und der Erfolg solcher Verschwörungstheorien zu erklären? Wie sind aktuelle Verschwörungstheorien als solche zu erkennen und von realen Fakten zu unterscheiden? Der Vortrag versucht, durch einen Blick in die Geschichte, die gegenwärtigen Verschwörungstheorien einzuordnen.“*

Leitung: Dr. Ulrike Peters

Gebühr: 5 Euro

Anmeldung unter: vhs-koeln.de

Political self-organization as Strategy of Resistance

Online- Workshop, Freitag, 2. Juli 2021 und Freitag, 23. Juli 2021, jeweils 18 Uhr

Die Kunsthochschule für Medien Köln lädt ein: *„Bei unseren ‚Political self-organization as Strategy of Resistance‘- BIPoC Dinner Gesprächen möchten wir an drei Terminen, gemütliche Abende mit euch verbringen. Dabei werden wir über unsere und eure Erfahrungen, Vorhaben und Utopien rund um Community und Koalitionen zwischen BIPoC sprechen und mit ein paar Freewriting/Dreaming Exercises verbinden. Dazu greifen wir unter anderem auf unsere per-*

*sönlichen Erfahrungen in unterschiedlichen Kollektiven wie Anti*colonial Fantasies, WE DEY x SPACE, CutieBIPoC Fest, Big Sibling Kollektiv, Adoptees Healing Space zurück. Gemeinsam überlegen wir, wie innerhalb BIPoC Communities selbst Räume gestaltet und Vorhaben und Ideen umgesetzt werden können, die uns im (Uni)Alltag zusammenbringen und stärken. Anschließend gibt es Zeit für persönliches Kennenlernen und Austausch untereinander.*



Ziel der Veranstaltungen ist es - gerade in der Zeit der Isolation - einen Raum zu schaffen, um Vereinzelung zu durchbrechen und BIPoC Vernetzung, zukünftiges Zusammenkommen und politische Selbstorganisation zu ermöglichen.“

Freitag, 2.7.2021: Bausteine der Selbstorganisation - Welche Rollenbilder der Selbstorganisation gibt es? Mit welchen könnt ihr euch identifizieren?

Freitag, 23.7.2021: Planting Seeds - Wie möchten wir gemeinsame Räume gestalten und wie geht es weiter?

Die Workshops mit Sunanda Mesquita und Shenja Vasanthi Kumari Danz richten sich ausschließlich an Schwarze Personen, People of Color und Personen, die sich als indigenous/indígena identifizieren - an Künstler*innen, Kulturschaffende, Student*innen im Bereich Kunst, Kulturwissenschaften, Musik usw. aus Köln.

Weitere Infos: bipoc@khm.de

Anmeldung unter:

<https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSffcuxLeHELc6EMF4JdXAmX1Uy5MKq6-JB0T0EbAyEax2giog/viewform>

**Umgang mit Populismus – Wie argumentieren Populist*innen?
Online-Workshop, Mittwoch, 7. Juli 2021, 18 Uhr**

Der Caritasverband für die Stadt Bonn e.V lädt im Rahmen der Reihe „Wer schreit gewinnt? – Workshops für eine konstruktive Streitkultur“ ein: *„Das gesellschaftliche Klima war schon vor der Pandemie rau und gefühlt haben sich die diskursiven Gräben weiter vertieft. Ein Riss geht nicht nur durch „die Gesellschaft“, sondern durch Kollegien, Freundschaften und Familien. Man hat den Eindruck, dass sich viele nur noch anschreien, ohne sich überhaupt zuzuhören. Plötzlich ist jedes Thema emotional belegt. Selbst im wissenschaftlichen Diskurs mangelt es vielerorts an einem verantwortungsvoll geführten, sachlich und kritischen Diskurs. Haben wir das Streiten verlernt? Einander zuzuhören und das Andersdenken, das Anderssein zu akzeptieren, fällt schwer.*

Wir erleben in den letzten Jahren eine zunehmende Polarisierung des gesellschaftlichen Diskurs, mit Falschaussagen, gezielten Provokationen, Verharmlosung von rechtsextremer Gewalt

*und pauschaler Schuldzuweisung an Migrant*innen. Mit der Corona-Pandemie kommt auch zunehmend der Vertrauensverlust in demokratische Institutionen sowie ein fehlendes geteiltes Verständnis für Fakten und objektive Wahrheiten hinzu. Menschenfeindliche Aussagen wurden salonfähiger und als Konsens geglaubte Werte und Definitionen relativiert. Längst erleben wir dies hautnah beispielsweise bei Familientreffen, wenn politische Themen diskutiert werden und sachliche Diskussionen schnell in Streit eskalieren. Wie man in solchen Situationen umgehen und diese auch vermeiden kann wollen wir gemeinsam im digitalen Workshop an konkreten Beispielen erarbeiten.“*

Mit: Janis Prinz – Trainer beim Forum für Streitkultur, Argumentationstheorie & -praxis oder Debatentrainings

Gebühr: kostenfrei

Anmeldung unter: vielfalt@caritas-bonn.de

**Platz da?! - (Post-)Migrantische Perspektiven im Deutschen Film
Diskussion, Donnerstag, 8. Juli 2021, 19 Uhr**

Kunsthochschule für Medien, Filmfestival „Tüpisch Türkisch“ und das Kurzfilmfestival Köln laden ein: *„Züli Aladağ (*1968 in Van) war einer der ersten türkeistämmigen Studenten an der damals neu eröffneten Kunsthochschule für Medien Köln. Ende der 1990er stritten er und weitere Filmschaffende für eine neue migrantische*

Binnensicht im deutschen Film, die als ‘deutsch-türkisches Kino’ Feuilleton-Schlagzeilen schrieb. In Filmen wie ‘Wut’ (2009), ‘300 Worte Deutsch’ (2013, als Produzent), ‘Mitten in Deutschland: NSU’ (2016) blieb er, in unterschiedlichen Genres und Tonlagen, der Auseinandersetzung mit

Migration und einer ethnisch diversen Gesellschaft verbunden – als Regisseur einiger Tatorte, und Folgen der Krimireihen ‚Kommissar Marthaler‘ und ‚Der Irland-Krimi‘ auch im Fernseh-Mainstream.

Wir sprechen mit ihm über den medialen und gesellschaftlichen Wandel der letzten zwei Jahrzehnte. Mit dabei auch Mehmet Akif Büyükatay (1987 in Bad Hersfeld), Vertreter einer neuen Generation türkeistämmiger Studierender an der KHM, die man unter dem alten Label ‚Deutschtürkisches Kino‘ nicht mehr zu fassen*

bekommt – zu unterschiedlich die erzählerischen Ansätze, die biografischen Hintergründe und Herkunft.

Moderation: Amin Farzanefer, Filmfestival „Tüpisch Türkisch“

Eintritt: frei

Ort: Filmforum NRW Bischofs-gartenstr. 1, 50667 Köln

Online-Registrierung möglich über:

<https://en.khm.de/termine/news.5147.post-migrantisches-perspektiven-im-deutschen-film/>



Antifeminismus und Rechtsextremismus

Online-Vortrag, Donnerstag, 8. Juli 2021, 18 Uhr

Das Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis lädt ein: *„Das Internet hat sich zu einem mächtigen Instrument entwickelt, das uns Menschen näher zusammenbringen kann. Gleichzeitig bilden sich aber auch gefährliche Internet-Gemeinschaften, auch sogenannte communities, die rechte Ideologien und frauenverachtende Vorstellungen von Männlichkeit propagieren.*

Frauenhass ist eine Schnittstelle von Rechtsextremen und stellt in vielen Fällen den Einstieg in die rechte Szene dar. Nicht zuletzt findet sich auch eine Zugewandtheit zur „Incel-Szene“ bei vielen Tätern von rechtsextremistischen Attentaten wieder. Der Begriff „Incel“ ist die Selbstbe-

zeichnung einer Internet-Subkultur heterosexueller Männer, die nach eigener Aussage unfreiwillig (involuntary) im Zölibat (celibate) leben.

Die Autorin und Referentin der Antonio Amadeu Stiftung, Veronika Kracher, wird anhand von gängigen Verschwörungsideologien, als auch konkretem Material analysieren, welche Rolle Frauenhass bei einer Radikalisierung in die extreme Rechte spielt, auf welchen Online-Plattformen dies primär stattfindet, und wie interveniert werden kann.“

Gebühr: kostenfrei

Anmeldungen unter:

netzgegenrechts-obk@pariberg.de

Sichert(e) sich auch unser Land einen Platz an der Sonne?

Ausstellungseröffnung, Samstag, 10. Juli 2021, 18 Uhr, Köln Ehrenfeld

Migrafrica e.V., Integrationshaus E.V., Eine Welt Netz NRW und das Allerweltshaus laden ein:

„Ob unfaire globale Handelsbeziehungen, Rassismus oder Klimaungerechtigkeit: Das koloniale Erbe ist allgegenwärtig. In Anwesenheit des Künstlers Naseer Alshabani, der drei Gemälde für die Ausstellung schuf, wollen wir einen Blick in die Geschichte werfen, um die Gegenwart besser zu verstehen und für die Zukunft zu lernen.“

Programm:

18 Uhr: Begrüßung, Momo Sissoko, Migrafrica e.V.

18.20: Desintegration als postkoloniale Praxis, Integrationshaus e.V.

18.30 Uhr Vortrag und Diskussion mit Serge Palasie (Eine Welt Netz NRW) und Naseer Alshabani

20 Uhr: Informelles Get-together und Ausklang

Gebühr: kostenfrei

Ort: wandelwerk Liebigstr. 201, 50823 Köln

Die Ausstellung kann bis einschließlich 16.07.2021 von 8-17 Uhr besucht werden. Anmeldung unter sissoko@migrafrica.org

Auf den Spuren der jüdischen Geschichte von Vaals

Exkursion, Sonntag, 11. Juli 2021, 14.30 Uhr

Die VHS Aachen lädt ein: „Die ältesten Spuren jüdischen Lebens in Aachens Nachbarort Vaals lassen sich bis ins Jahr 1737 zurückverfolgen. Der Weg startet am Wilhelminaplein, dem Ort, von wo aus die Vaalser Juden 1942 und 1943 deportiert wurden. Besucht wird auch der etwas versteckt gelegene, gut erhaltene jüdische Friedhof am westlichen Ortsrand. Hier haben sich einige Grabsteine in hebräischer und deutscher Sprache erhalten. Dieser Rundgang durch Vaals bietet die Möglichkeit, in die Geschichte

der jüdischen Gemeinde und ihrer Verortung in der Dorfgemeinschaft einzutauchen.“

Treffpunkt: Bushaltestelle Vaals Grenze

Gebühr: 7,50 Euro, erm. 6,50 Euro

Anmeldung bis 2.07.2021 unter:

<https://www.vhs-aachen.de/kurssuche/kurs/Aufden-Spuren-der-juedischen-Geschichte-von-Vaals/nr/211-04098/bereich/details/>

Bitte beachten: Männer tragen bitte eine Kopfbedeckung.

Hass im Netz kontern – Strategien digitaler Zivilcourage

Online-Workshop, Mittwoch, 14. Juli 21, 18 Uhr

Der Caritasverband für die Stadt Bonn e.V. lädt im Rahmen der Reihe „Wer schreit gewinnt? – Workshops für eine konstruktive Streitkultur“ ein: „Hass im Netz richtet sich gegen Einzelpersonen und gegen Gruppen und wird eine immer größere Bedrohung. Er greift ins reale Leben über, bringt Menschen in Gefahr und bedroht unsere Demokratie. Schwerpunkt des Trainings ist ein Online Rollenspiel, anhand dessen gemeinsam Handlungsansätze und Argumentati-

onsstrategien im Umgang mit Hasskommentaren erprobt und reflektiert werden. Um Hass zu stoppen richtet sich LOVE-Storm nicht vorrangig an die Angreifer*innen, sondern immer an alle Beteiligten.“

Mit: Michelle Scherka, zertifizierte LOVE STORM Trainer*in

Gebühr: kostenfrei

Anmeldung unter: vielfalt@caritas-bonn.de

Antisemitismus im Fußball

Online-Vortrag, Mittwoch, 14. Juli 2021, 18 Uhr

Die Volkshochschule Köln lädt in Kooperation mit ADIRA – Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus ein: Ob als Fan-Gesang oder als körperlicher Angriff auf dem Platz: Auch im Fußball ist regelmäßig Antisemitismus zu beobachten.

Antisemitische Beleidigungen werden genutzt, um gegnerische Fans oder Spieler*innen abzuwerten – das sog. ‚U-Bahn-Lied‘ haben viele Fans schon einmal gehört. Jüdische Makkabi-Vereine sind bei ihren Spielen mit offener Feindschaft konfrontiert. Zugleich finden sich aber auch subtilere Formen des Antisemitismus in den Stadien, die nicht immer als solche erkannt werden.

In dem Vortrag soll anhand der spezifischen Funktionen des Antisemitismus deutlich gemacht werden, warum dieser mehr als nur ein Vorurteil ist und welche Anknüpfungspunkte sich im Fußball für antisemitische Haltungen ergeben. Anhand von Beispielen wird gezeigt, wie sich Antisemitismus im Fußball entwickelt hat und auf welche Weise er sich dort artikuliert. Anschließend kann gemeinsam über Gegenstrategien diskutiert werden.“

Referent: Micha Neumann ist Sozialpädagoge und arbeitet bei ADIRA.

Gebühr: kostenfrei

Anmeldung unter: vhs-koeln.de

Rassismus? Körperlicher Widerstand / Racismo? Resistencias corporales **Theater-Workshop, Samstag/Sonntag, 17./18. Juli 2021, jeweils 10 Uhr**

Das Allerweltshaus Köln präsentiert: „Rassismus und Diskriminierung sind Situationen, die Personen aufgrund der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen und / oder kulturellen Gruppen erleben. Rassismus und Diskriminierung manifestieren sich häufig durch den Gebrauch von Wörtern, Symbolen oder Handlungen, die die physische und emotionale Gesundheit derjenigen gefährden und verletzen, die sie erleben. Aber wie werden Rassismus und Diskriminierung auf emotionaler Ebene erfahren und welche körperlichen Spuren hinterlassen sie auf dem Körper?“

Der Workshop bietet die Möglichkeit, mit den Konzepten Rassismus, Diskriminierung und Privilegien zu experimentieren, sie kritisch zu analysieren und zu reflektieren sowie ihre Auswirkungen auf praktische und mittels körperlicher Erfahrung zu verstehen. Der Workshop richtet sich an alle, die kreative Veränderungen in Bezug auf soziale Ungleichheit bewirken möchten.“

Leitung: Gerardo Espinoza

Ort: Allerweltshaus, Körnerstraße 77-79, 50823 Köln. alternativ: Zoom

Anmeldung unter: <https://info062104.typeform.com/to/YFAQSn64>

Pioniere, Gelehrte, Märtyrer. Jüdische Gemeinden am Rhein im Mittelalter **Online-Vortrag, Dienstag, 22. Juli 2021, 19 Uhr**

MIQUA – LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln und Germania Judaica. Kölner Bibliothek zur Geschichte des Deutschen Judentums e.V. laden ein: „Schon vor dem Jahre 1000 sind am Rhein erste jüdische Gemeinden in den Kathedralstädten Köln und Mainz nachweisbar. In den darauffolgenden Jahrhunderten sollten die Gemeinden der rheinischen Lande zur Wiege der aschkenasisch-jüdischen Zivilisation werden, die sich noch heute mit Stolz an ihre großen Vertreter, wie etwa Gerschom Meor ha-Golah, Meir von Rothenburg und Maharil, erinnert.“

In seinem Vortrag möchte Dr. Rainer Josef Barzen (WWU Münster) diese ruhmreiche, prächtige innere jüdische Geschichte der mittelalterlichen Rheinlande thematisieren. Hierbei geht es um die Siedlungsgeschichte der Jüdinnen und

Juden, um die Vernetzung und den Alltag in der Stadt sowie die gelebten und auch organisierten Beziehungen zwischen diesen Gemeinden, besonders zwischen den Schumgemeinden Mainz, Worms und Speyer, der Gemeinde Köln, ihrer Gelehrten und Bewohnerinnen und Bewohner.“

Moderation: Ursula Reuter

Gebühr: kostenfrei

Anmeldung bis zum 16.7.2021 unter: miqua@lvr.de



Jüdische Frauenvereine in Köln von 1813 bis 1939 **Vortrag, Donnerstag, 12. August 2021, 19.30 Uhr**

Die Melanchthon-Akademie lädt ein: „Zwischen 1813 und 1939 existierte eine Vielzahl jüdischer Frauenvereine, die wohlätige Arbeit verrichteten, aber auch frauenpolitisch aktiv wurden. Sie prägten das Leben in der Synagogengemeinde Köln maßgeblich mit. Wichtige Themen: Frauenwahlrecht, Stärkung des jüdischen Gemeinschaftsbewusstseins, Kampf gegen Antisemitismus, Fürsorge z. B. für Wöchnerinnen, Förderung weiblicher Berufstätigkeit.“

Dozentin: Dr. Yvonne Weissberg

Gebühr: kostenfrei

Ort: Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, 50678 Köln

Anmeldung erforderlich unter:

<https://www.melanchthon-akademie.de/programm/kursanmeldung/16977-juedische-frauenvereine-in-koeln-von-1813-bis-1939/>

Mobbing-Prävention in Schule und in offener Jugendarbeit Seminar, Donnerstag-Samstag, 12.-14. August 2021, jeweils 10 Uhr

Die Melanchthon-Akademie lädt ein: „In dieser Fortbildung werden theaterpädagogische Übungen und Ansätze vermittelt, die darauf abzielen, entstehenden Mobbing-Situationen entgegenzuwirken. Dabei geht es um das Wahrnehmen und Erkennen von Gefühlen und um das Analysieren der unterschiedlichen Positionen, die in einem aufkeimenden Mobbing-Prozess eingenommen werden und jeden zum Beteiligten machen. Die Teilnehmenden erlernen die Methode Forumtheater als Instrument, um mit der jeweiligen Zielgruppe Handlungsmöglichkeiten für die Beteiligten in den verschiedenen Positionen zu erarbeiten. Sie probieren sich in der Moderation der in-

teraktiven Phase aus und reflektieren die Fallstricke und die Grundbedingungen, um eine vertrauensvolle Atmosphäre zu etablieren.“

Dozentin: Friderike Wilckens-von Hein

Gebühr: 250 Euro

Ort: Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, 50678 Köln

Anmeldung unter: <https://www.melanchthon-akademie.de/programm/kursanmeldung/formular/16382-vorankuendigung-mobbing-praevention-in-schule-und-in-offener-jugendarbeit/>

Machtkritische Zugänge über den Anti-Bias-Ansatz. Stärkung einer diversitätsreflektierten Haltung in der Praxis mit Rom:nja aus Südosteuropa Online-Fortbildungsreihe zwischen 6. und 29. September 2021



FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW und LVR-Landesjugendamt Rheinland laden ein: „Mit Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse in Deutschland und der historischen Kontinuität von Diskriminierungsformen wollen wir uns in der Online-Fortbildung zunächst einmal mit Stereotypen, Vorurteilen und Diskriminierungen beschäftigen, um die eigene Verbindung als pädagogische Fachkraft zu Machtverhältnissen herzustellen. Deshalb ist es wichtig, sich mit privilegierten und deprivilegierten Positionen innerhalb gesellschaftlicher

Verhältnisse auseinanderzusetzen. Der Zugang zu diesen Themen wird zunächst über den Anti-Bias-Ansatz vermittelt, welcher als ein innovativer Ansatz im Bereich der diversitätsbewussten und antidiskriminierenden Bildungsarbeit verortet wird. Für den weiteren Verlauf der Fortbildung wird die Verbindung zu Rom:nja und den spezifischen rassistischen Fremdbezeichnungen und historisch gewachsenen Diskriminierungsformen aufgezeigt. Daraus ergibt sich die Herausforderung für pädagogische Fachkräfte und Praxis, antidiskriminierende und ras-

sismuskritische Haltungen und Konzepte zu entwickeln, um jahrhundertalte Kontinuitäten zu durchbrechen.

Das Ziel der Online-Fortbildung ist die Stärkung einer vorurteilsreflektierten Professionalisierung in der pädagogischen Praxis. Pädagogische Fachkräfte aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe bekommen die Möglichkeit, in einem digitalen (Schutz)Raum über eigene Bilder, Vorstellungen und Praxis sowie über verschiedene methodische Zugangsweisen zu reflektieren. Dabei werden Texte, Explorationsaufgaben, Inputs und Austausch die Grundlage des Kurses bilden.

Voraussetzung zur Teilnahme an der Webreihe ist die aktive Mitarbeit und Reflektion der eigenen Position(ierung). Der Online-Intensivkurs bietet abwechselnd explorative Phasen, an die sich jeweils Online-Seminare anschließen. In der explorativen Phase steht die persönliche Erkundung der eigenen Praxis sowie das Selbstlernen auf der FUMA Lernplattform im Vordergrund. In den Seminaren bilden thematische Inputs und anschließende Reflexionen und Diskussionen den Schwerpunkt.“

Weitere Informationen zu Seminartagen, Inhalten und Kosten: https://www.lvr.de/media/wwwlvrde/jugend/fortbildung/aktuelletermine/dokumente_55/21.1550_Flyer_MACHTKRITISCHE_ZUGAeNGE.pdf

Antimuslimischer Rassismus. Erscheinungsformen, Hintergründe und Gegenstrategien vor Ort

Online-Tagung, Mittwoch, 29. September 2021, 10 Uhr

Die NRWeltoffen-Projekte im Regierungsbezirk Köln laden ein: „Ob Angriffe auf Moscheen oder Hassreden im Internet, ob Diskriminierungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt oder Angriffe auf Muslim*innen im Alltag – antimuslimischer Rassismus hat viele, oftmals verdrängte Gesichter. Dabei ist er längst nicht nur am vermeintlichen rechten Rand anzutreffen: Er prägt den Alltag der Betroffenen ebenso wie die gesellschaftliche Debatte und Medienlandschaft. Von der Sarrazin-Kontroverse oder Berichte über die sogenannte ‚Clankriminalität‘ bis hin zu Aussagen aus der Politik, wonach der Islam nicht zu Deutschland gehöre – all diese Beispiele zeigen, wie verbreitet das Feindbild ist.

Wie kann die demokratische Öffentlichkeit, wie kann die politische Bildung auf diese Situation reagieren? Welche Strategien des Empower

ments sind für Betroffene effektiv? Wie kann sinnvolle Solidarisierung aussehen? Wie lassen sich antimuslimisch-rassistische Stereotype effektiv kritisieren? Welche Möglichkeiten der Vernetzung existieren? Wie lassen sich Hass-Botschaften im Internet bekämpfen? Und welche anderen praktischen Handlungsmöglichkeiten gibt es gegen diese Variante des Rassismus?

Unsere Fachtagung wird diese und andere Fragen in Vorträgen und Videoclips, in Workshops und Diskussionsrunden behandeln.

Die Veranstaltung richtet sich an alle, die Gegenstrategien zum antimuslimischen Rassismus entwickeln wollen. Eingeladen sind Fachleute, Multiplikator*innen und sowie alle weiteren interessierten Personen.“

Weitere Informationen im nächsten Newsletter

Vor Ort – Fotogeschichten zur Migration

Ausstellung, bis 3. Oktober 2021, Museum Ludwig

Museum Ludwig und DOMID teilen mit: „Fotografien von Köln und weiteren Städten des Rheinlands zwischen 1955 und 1989 machen den stetigen Wandel durch die Bewohner*innen sichtbar. Die Fotogeschichten von Arbeitsmigrant*innen sind dabei kaum in das öffentliche visuelle Gedächtnis der Städte eingegangen. In der Ausstellung im Museum Ludwig stehen daher erstmals Privatfotografien im Mittelpunkt. In Interviews geben ihre Leihgeber*innen über ihre vielfältigen Geschichten Auskunft. Sie erzählen über das Leben in der Stadt und wie sie durch ihre Einwanderung belebt wurde. Ihre privaten Fotografien zeigen auf, wie Straßen, Häuser, Geschäfte, Restaurants und Parks zu Trägern von Erinnerung und zum Teil der Stadtgeschichte werden. Die Ausstellung thematisiert die Rolle der Fotografie in diesem Zusammenhang. Sie kombiniert diese neuen und überraschenden Stadtansichten mit den Fotografien urbanen Lebens von Chargesheimer, Heinz Held, Candida Höfer und Ulrich Tillmann aus der Sammlung des Museum Ludwig und ergänzt sie um Aufnahmen von Christel Fomm, Gernot Huber, Guenay Ulutuncok und anderen. Jenseits der flüchtigen Erfahrungen des Lebens in der Stadt zeigen die Fotogeschichten von Migration, auf welch vielfältige Weise man sich in einer neuen Stadt verorten kann.

Die Ausstellungsidee geht auf die Architekturhistorikerin und Gastkuratorin Ela Kaçel zurück. Sie entdeckte in verschiedenen Publikationen der Stadt Köln und der Wohnbaugesellschaft GAG (Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Wohnungsbau) Fotografien von Wohnanlagen der 1950er und 60er Jahre, die herausgehobene Wahrzeichen des ‚Neuen Kölns‘ sind. Zugleich waren die Hochhäuser für Arbeiter*innen gedacht, die im Rahmen der sogenannten Anwerbeabkommen der damaligen Bundesrepublik vor allem mit Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und der Türkei nach Köln gekommen waren. In den viel veröffentlichten Aufnahmen der neuen Stadtviertel sind die markanten Wohnblocks als prägende architektonische Erscheinungen präsent. Die ikonisch gewordenen Fotografien haben Stadtgeschichte geschrieben.

Das Ausstellungsprojekt ist eine Kooperation mit DOMID/Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. Kuratorische Beratung durch Manuel Gogos und Aurora Rodonò.

Kuratorinnen: Ela Kaçel (Architekturhistorikerin und Gastkuratorin) und Barbara Engelbach (Kuratorin)“

Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

WIR IST PLURAL

Preis zur Stärkung der Demokratie

Die Bundeszentrale für politische Bildung lädt überparteiliche und außerschulische Organisationen, Einzelpersonen und Lokalmedien herzlich ein, sich jetzt noch zu bewerben: „In fünf Kategorien sucht die bpb originelle Projekte zur Leitfrage ‚Wie engagiert Ihr Euch für die demokratischen Werte des Grundgesetzes?‘ Das kann eine Initiative vor Ort oder im Social Web sein, eine Spoken Word Performance wie Kabarett, Poetry Slam und Musik oder ein Kunst-Projekt.

Anlässlich des 70. Geburtstags des Bundesverfassungsgerichts, dem obersten ‚Hüter des Grundgesetzes‘, lobt die bpb den bundesweiten Wettbewerb WIR IST PLURAL | Preis zur Stär-

kung der Demokratie aus. Die 15 überzeugendsten Projekte aus der Zivilgesellschaft werden mit bis zu 5.000 Euro und einem umfassenden Gewinn-Paket für mehr öffentliche Sichtbarkeit der Aktionen prämiert. Das Bundesverfassungsgericht ist Partner des Wettbewerbs. In der Jury mit dabei sind u. a. die Unternehmerin Louisa Dellert, der Autor Jürgen Wiebicke, die Lokaljournalistin Grit Baldauf von der Chemnitzer Freien Presse Mittelsachsen und der Kabarettist Dave Davis.“

Teilnahmebedingungen, FAQs und die Möglichkeit zur Online-Bewerbung noch bis zum 20.06.2021 unter: www.wiristplural.de

DISSEN – MIT MIR NICHT!

Digitaler Wettbewerb gegen Rassismus und Diskriminierung



Caritas Köln und ÖGG teilen mit: „Zeigt Flagge gegen Rassismus und Diskriminierung an eurer Schule oder Jugendeinrichtung. Als Gruppe oder auch alleine. Teilt uns eure Gedanken, Ideen und Erfahrungen zum Thema Rassismus und Diskriminierung mit. Egal ob ihr uns Beiträge in Form von Bildern, Fotos, Collagen, einer Geschichte, einer Erzählung oder gar einem

Musikstück und/oder einem Video zusendet und egal, ob ihr euch gegen Rassismus und/oder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder Identität, aufgrund

des Alters oder einer Behinderung, des sozialen Status oder der Religion stellen wollt - alle Mitgestalter_innen haben die Chance auf tolle Sachpreise. Eurer Kreativität ist dabei keine Grenze gesetzt. Mischt euch ein und zeigt Gesicht gegen Diskriminierung und Rassismus! Bitte beachtet jedoch, dass Videos und Musikstücke eine Abspielzeit von 3 Minuten nicht überschreiten sollten.

Bei der großen digitalen Preisverleihung am 30. Oktober 2021 um 15 Uhr werden alle Beiträge von euch präsentiert und belohnt. Einsendeschluss ist der 30. September 2021.“

Infos unter:

dissen-mit-mir-nicht@caritas-koeln.de

60 Jahre Anwerbeabkommen

Schüler*innenwettbewerb des Landesintegrationsrates NRW

Der Landesintegrationsrat teilt mit: „Im Oktober jährt sich das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei zum 60. Mal. Anlässlich dieses Jubiläums hat der Landesintegrationsrat NRW als Dachverband der kommunalen Integrationsräte in NRW einen Schülerwettbewerb mit dem Titel ‚60 Jahre gemeinsam: Du

schreibst unsere Geschichte! – Birlikte 60 yıl: Bizim Hikayemizi yaz!‘ ausgeschrieben. An diesem können sich Schülerinnen und Schüler aller Schulformen ab Jahrgangsstufe 5 beteiligen. Durch die Anwerbeabkommen mit verschiedenen Staaten haben wir ein neues Kapitel in unserer gemeinsamen Geschichte eingeläutet.

Dies sollen die Teilnehmenden aufgreifen und literarische oder szenische Beiträge – in Form von Essays oder Kurzgeschichten wie auch kurzen Theaterstücken oder Kurzfilmen – zum Thema einreichen. Dabei soll nicht allein auf die historische Aufarbeitung des Anwerbeabkommens Deutschland-Türkei fokussiert werden. Die Historie soll auch hinsichtlich unserer gemeinsamen Gegenwart und Zukunft in den Blick genommen werden.

Eines der wichtigsten Ziele des Landesintegrationsrates ist es, die besonderen Potenziale von Menschen, die in mehreren Kulturen und Sprachen zuhause sind, für alle sichtbar zu machen und diese Ressourcen zu fördern. Deshalb liegt

eine Besonderheit dieses Wettbewerbs darin, dass in den Beiträgen die deutsche und die türkische Sprache verwendet werden sollen. Hierdurch wird die Bedeutung der multilingualen Kompetenzen wie auch der bi-kulturellen Identität der Kinder und Jugendlichen hervorgehoben. Dabei sind die Teilnehmenden ausdrücklich auch zur Teamarbeit mit Mitschülerinnen und -schülern eingeladen, die nicht Türkisch sprechen können. Idealerweise sollen die Teilnehmenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen direkt befragen.“

Weitere Infos unter: <https://landesintegrationsrat.nrw/schuelerwettbewerb-60-jahre-anwerbeabkommen-deutschland-tuerkei/>

Ressourcen teilen. Engagement stärken. Neue Unterstützungsmöglichkeiten in Köln



Das House Of Ressource teilt mit: „Sie engagieren sich für Vielfalt und eine offene Gesellschaft oder planen eine Initiative, ein Projekt oder Ähnliches? Sie suchen Netzwerke, Informationen und Knowhow? Sie brauchen finanzielle oder strukturelle Unterstützung? Wir bieten kostenfreie Unterstützung für Vereine, Initiativen, Migrant*innenorganisationen oder Projekte, die im

Bereich Empowerment, Diversity und Antirassismussarbeit aktiv sind.

Ressourcen sind alle Dinge, die dabei helfen, Herausforderungen zu bewältigen. Das House of Resources Köln bietet Kenntnisse, Fähigkeiten, Informationen und Kräfte. Zudem können wir auch mit diesen Ressourcen helfen: Technische Geräte, Räumlichkeiten – und natürlich finanzielle Mittel. Darüber hinaus bieten wir die Möglichkeit für Netzwerke und Kooperationen. Im Zentrum steht die große Freude an der Zusammenarbeit mit engagierten Menschen.“

Weitere Infos: <https://www.hor-koeln.de/>

Wo die Freiheit wächst Hörspiel zu Edelweißpiraten

Frank Maria Reifenberg hat ein Hörspiel basierend auf seinem Briefroman geschrieben. Eingearbeitet sind auch Audioausschnitte aus dem NS-DOK-Projekt „Erlebte Geschichte“: „Köln, 1942. Die sechzehnjährige Lene ist zum ersten Mal verliebt. Über ihren Freund Erich kommt sie in eine Gruppe Jugendlicher, die den Drill und die Gleichschaltung von HJ und BDM verabscheuen. Eine Gruppe, die später unter dem Namen ‚Edelweißpiraten‘ bekannt werden wird.

Während Lenes großer Bruder mit der Wehrmacht auf Stalingrad zumarschiert, kommt der Krieg auch in Köln an: Durch den 1.000-Bombenangriff im Mai wird die Stadt schwer zerstört. Doch das ist erst der Anfang. In Briefen vertraut

Lene die dramatischen Ereignisse ihrer Freundin Rosi an und erzählt, wie sie und ihre Freunde den Klub der Edelweißpiraten gründen. Unter den Eindrücken des Krieges und der immer brutaleren Unterdrückung des nationalsozialistischen Regimes wird aus spontanem Widerwillen gegen die angepasste Welt der Erwachsenen aktiver Widerstand – Flugblatt-Aktionen, Sabotage, Versorgung von Deserteuren und Zwangsarbeitern.“

Das Hörspiel in vier Teilen:

<https://www1.wdr.de/radio/wdr3/programm/sendungen/wdr3-hoerspiel/edelweisspiraten-ns-widerstand-jugendliche-100.html>

Perspektivwechsel - Nachholende Gerechtigkeit – Partizipation

Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus

Die Koordinierungsstelle der Unabhängigen Kommission Antiziganismus teilt mit: „Antiziganismus stellt ein massives gesamtgesellschaftliches Problem in Deutschland dar. So lautet das Resümee des Berichts der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, der vom Deutschen Bundestag in Auftrag gegeben wurde. Die zentralen Inhalte des Kommissionsberichts werden am 4. und 5. Juni 2021 bei einer Online-Veranstaltung präsentiert. Der Bericht stützt sich auf 15 aktuelle, von der Kommission initiierte Studien. Sie greifen besonders die Perspektiven der Betroffenen auf. Hierfür wurden breite empirische Erhebungen durchgeführt.

Antiziganistischer Rassismus ist eine 'allumfassende Alltagserfahrung für Sinti_ze und Rom_nja', so die Kommission. Der Bericht konstatiert ein 'Versagen deutscher Politik, deutscher Gesetzgebungen und deren Rechtsanwendung'. Untersucht wurde Antiziganismus beispielsweise in kommunaler Verwaltung, Schulbüchern und Polizei. Mehrere empirische Studien weisen hier institutionellen Antiziganismus nach. Die Kommission fordert eine umfassende Strategie gegen Antiziganismus. ‚Wir brauchen einen grundlegenden Perspektivwechsel in der deutschen Gesellschaft, der die strukturellen Ursachen des Problems in den Blick nimmt.‘ Entscheidend sei in diesem Kontext auch eine ‚Politik der nachholenden Gerechtigkeit‘, die das seit 1945 begangene Unrecht gegenüber Überlebenden und deren Nachkommen ausgleicht‘. Zudem fordert die Kommission, ‚effektive und nachhaltige Partizipationsstrukturen für die Communitys der Sinti_ze und Rom_nja auf allen Ebenen zu schaffen‘. Diese müssten verbindlich und auf Dauer angelegt sein.

Die Unabhängige Kommission Antiziganismus empfiehlt Bund und Ländern, Beauftragte gegen Antiziganismus zu berufen und eine ständige Bund-Länder-Kommission zu schaffen, um die

Arbeit gegen Antiziganismus auf höchster Ebene politisch zu verankern. Eine weitere Forderung der Kommission lautet: ‚Die zahlreichen Defizite bei der ‚Wiedergutmachung‘ des Unrechts gegenüber Sinti_ze und Rom_nja müssen umgehend kompensiert und den Überlebenden ein Leben in Würde ermöglicht werden.‘ Darüber hinaus solle ein umfassender Prozess der Aufarbeitung der sogenannten Zweiten Verfolgung nach 1945 durch eine von Perspektiven von Sinti_ze und Rom_nja geprägte Wahrheitskommission eingeleitet werden.

Der Bericht macht weiterhin deutlich, dass es in der Asylpolitik seit Jahrzehnten zu einer erheblichen Benachteiligung von Rom_nja, die in Deutschland Schutz vor Verfolgung, Diskriminierung, Gewalt und Krieg suchten, gekommen ist. Die Unabhängige Kommission Antiziganismus empfiehlt der Bundesregierung auch vor dem Hintergrund der europäischen Dimension des nationalsozialistischen Genozids ein klares Bekenntnis zu einer besonderen Verantwortung: ‚Die Abschiebung von Rom_nja aus der Bundesrepublik sowie die Perspektivlosigkeit derjenigen, die bis heute mit dem unsicheren Status einer Duldung leben müssen, sind zu beenden.‘

Die Unabhängige Kommission Antiziganismus wurde vom Deutschen Bundestag eingesetzt. Das Gremium hat sich - nach vorangegangenen fachlichen Konsultationen mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma - am 27. März 2019 im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat konstituiert. Ihm gehören 11 Personen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft an, die sich mit Antiziganismus beziehungsweise Rassismus gegen Sinti_ze und Rom_nja befassen.

Der Bericht steht als Bundestagsdrucksache zum Download zur Verfügung unter:

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/303/1930310.pdf>

Fast 2000 antisemitische Vorfälle im letzten Jahr – viele bei Corona-Protesten RIAS legt Bericht vor

Insgesamt wurden von RIAS im Jahr 2020 genau 1.909 antisemitische Vorfälle in Deutschland dokumentiert. Das geht aus dem Bericht des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS) und der Meldestellen aus vier Bundesländern - Bayern, Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein - hervor. Dabei handelte es sich um einen Fall extremer Gewalt, 39 Angriffe, 167 gezielte Sachbeschädigungen, 96 Bedrohungen, 1.449 Fälle verletzendes Verhalten sowie 157 antisemitische Massenzuschriften. Von den dokumentierten antisemitischen Vorfällen waren 677 Einzelpersonen und 679 Institutionen betroffen.

Aus dem Vorwort des Berichts: „Das Jahr 2020 war von der Coronapandemie und staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung (im Folgenden kurz Coronamaßnahmen) geprägt. Ab Mitte März 2020 wurde das öffentliche Leben bundesweit zum Teil erheblich eingeschränkt. Während sich viele Aspekte des gesellschaftlichen Lebens ins Internet verlagerten, kam es seit April im gesamten Bundesgebiet zu zahlreichen Protesten gegen die Coronamaßnahmen. In diesem Zusammenhang kam es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen. Auch im Internet erfassten Meldestellen eine Vielzahl antisemitischer Vorfälle.

Antisemitismus manifestierte sich in Deutschland 2020 am häufigsten in der Erscheinungsform des Post-Schoa-Antisemitismus (zu Begriffserklärungen siehe Seite 9 des Berichts). Demonstrierende präsentierten verschiedene Varianten eines gelben Stoffsterns mit Aufdrucken wie „ungeimpft“, die auf die sogenannten Judensterne aus der Zeit des Nationalsozialismus anspielen. Mit dieser Selbstinszenierung als Opfer werden die Schoa und der Nationalsozialismus verharmlost. Auch die Rolle von Täter_innen und Opfern wird vertauscht – schließlich handelt es sich bei den meisten Demonstrierenden als Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft um Kinder, Enkel_innen und Urenkel_innen von Täter_innen und Zuschauer_innen im Nationalsozialismus. Zudem wurde die Coronapandemie zur Projektionsfläche für antisemitische Verschwörungsmysmen. Diese richteten sich gegen Jüdinnen_Juden als vermeintliche Urheber_innen oder Profiteur_innen der Pandemie.

Jüdinnen_Juden in Deutschland waren auch 2020 weiterhin mit dem rechtsextremen Terroranschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Okto-

ber 2019 sowie mit dessen Aufarbeitung beschäftigt. Ab Juli stand der Täter vor Gericht, Ende Dezember wurde er zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe mit anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt. Über 40 Nebenkläger_innen, darunter viele, die am Tag des Anschlags in der Synagoge hatten ausharren müssen, konnten den Prozess durch ihre Aussagen und Anträge maßgeblich mitgestalten. Der Prozess wurde so auch zu einer Plattform für jüdische und post-migrantische Perspektiven auf den Anschlag, auf aktuellen Antisemitismus in Deutschland sowie auf das fehlende Vertrauen von Jüdinnen_Juden in deutsche Sicherheitsbehörden. Das Verfahren löste Solidarisierungsprozesse zwischen von Rassismus und Antisemitismus betroffenen Communities aus, die auch außerhalb des Gerichtssaals Wirkung entfalteten, etwa bei einer gemeinsamen Veranstaltung von Nebenkläger_innen und Angehörigen der Opfer des rechtsextremen Anschlags in Hanau im Februar 2020.

Aber auch unabhängig von der Coronapandemie und dem Anschlag in Halle prägte Antisemitismus 2020 den Alltag von Jüdinnen_Juden in Deutschland. Dies machen Befragungen innerhalb jüdischer Communities deutlich, die der Bundesverband RIAS (bzw. dessen Vorgängerprojekt) in mittlerweile acht Bundesländern durchgeführt hat. Die Interviews zeigen auch, dass viele Betroffene den Weg zur Polizei scheuen und viele antisemitische Vorfälle gar nicht strafbar sind. Um dieses Dunkelfeld zu erhellen, Antisemitismus aus Sicht der Betroffenen zu dokumentieren und so für die nicht-jüdische Öffentlichkeit nachvollziehbar zu machen, sind regional verankerte, niedrigschwellige und eng mit jüdischen Communities zusammenarbeitende Melde- und Unterstützungsnetzwerke nötig. In einigen Bundesländern existieren diese bereits, in anderen sind sie seit mehreren Jahren im Aufbau und in weiteren Ländern werden derzeit die Voraussetzungen hierfür geschaffen. Die Federführung übernimmt hierbei der im Oktober 2018 gegründete Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus. Seit Februar 2019 initiiert und unterstützt er den Aufbau regionaler Melde- und Unterstützungsnetzwerke in verschiedenen Bundesländern.“

Der Bericht zum Download unter:

<https://www.report-antisemitism.de/bundesverband-rias>

Fakten, Projekte, Perspektiven

Zweiter Antisemitismusbericht des Landes Nordrhein-Westfalen erschienen



Etwas mehr als zwei Jahre im Amt, stellte die Antisemitismusbeauftragte Nordrhein-Westfalens, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, am 19. Mai 2021 den zweiten ihrer jährlichen Antisemitismusberichte vor. In ihm nimmt sie eine Bestandsaufnahme zu Antisemitismus

in NRW vor, informiert über Entwicklungen einer Antisemitismus-Meldestelle in NRW und geht auf ihr Aufgabengebiet sowie die Corona-bedingt etwas eingeschränkteren Tätigkeiten ihres Büros und von ihr geförderte Projekte ein.

Unter dem Titel „Fakten, Projekte, Perspektiven“ fokussiert sie auf 54 Seiten auf den Berichtszeitraum von Januar bis Dezember 2020. Die Antisemitismusbeauftragte verweist im Rahmen einer Bestandsaufnahme auf die unveränderte und deutliche öffentliche Präsenz des Antisemitismus auch im Jahr 2020, wobei sie insbesondere auf Dynamisierungsprozesse im Kontext der Proteste gegen die Sicherheitsmaßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie eingeht, im Rahmen derer oftmals Verschwörungsmythen, Holocaustrelativierungen und auch antisemitische Codes ihren Ausdruck fanden. In diesem Zusammenhang betont sie wiederkehrend: „Jeder Vorfall ist einer zu viel!“

Um vertiefende Erkenntnisse zum Antisemitismus in NRW zu erhalten, beauftragte Frau Leutheusser-Schnarrenberger einschlägige Organisationen im Themenfeld: SABRA, Bagrut und die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Diese erstellten in den Jahren 2019/2020 eine ‚Problembeschreibung‘ zum Antisemitismus in NRW, welche Erkenntnisse lieferte, die als Grundlage für die Einrichtung einer Meldestelle für antisemitische Vorfälle herangezogen werden sollten. Es wurden 59 Interviews mit Jüdinnen*Juden geführt, in welchen deutlich wurde: „Antisemitismus ist für sie ein alltagsprägendes Phänomen.“ Der Schule komme dabei als Sozialraum, in dem Antisemitismus erfahren wird, eine besondere Bedeutung zu. Die Antisemitismusbeauftragte hält fest, dass die Problembeschreibung deutlich gemacht habe, wie wichtig eine Meldestelle Antisemitismus sei, wie sie von ihr 2019 gefordert wurde. Sie skizziert den Stand der Entwicklungen auf dem Weg zur Etablierung einer solchen Meldestelle, die laut Bericht „noch im ersten

Halbjahr des Jahres 2021“ ihre Arbeit aufnehmen soll.

In ihrem Bericht informiert Frau Leutheusser-Schnarrenberger über ihre Aufgaben und Aktivitäten im Jahr 2020 sowie von ihr in diesem Zeitraum initiierte und geförderte Maßnahmen und Projekte. Hervorzuheben sind hier zwei Studien: Eine zum Thema ‚Antisemitismus im Gangstarap‘, das an der Universität Bielefeld durchgeführt wird, sowie ein kooperativ ausgerichtetes Forschungsprojekt, welches komplexe Zugänge zum Thema ‚Antisemitismus als soziales Phänomen in der Institution Schule‘ entwickeln soll und das das Ziel verfolgt, auf der Grundlage der Ergebnisse didaktische Materialien für unterschiedliche Schulfächer zu erstellen. Gefördert wurden daneben u. a. das Theaterprojekt ‚Benjamin und Muhammed‘ unter der Leitung von Burak Yilmaz und der Verein ‚Zweitzeugen‘, der das Ziel hat, Schüler*innen auf der Basis des Kontakts zu Zeitzeug*innen zu sog. Zweitzeug*innen auszubilden. Im Jahr 2020 konnten hier über 1.000 Schüler*innen erreicht werden.

Die Antisemitismusbeauftragte berichtet daneben von einer von ihr aufgelegten Lesereihe „Gegen das Vergessen“, für die prominente Personen wie Benno Fürmann gewonnen und mit der viele Menschen erreicht und für das Thema ‚Antisemitismus‘ sensibilisiert werden konnten.

Im Bericht informiert Frau Leutheusser-Schnarrenberger über Entwicklungen im Rahmen der Bund-Länder-Kommission (BLK) zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens. Bei den vier Treffen der BLK beschäftigte man sich u. a. mit antijudaistischen Artefakten an Kirchen sowie mit Meldestellen im Bereich ‚Antisemitismus‘. Daneben sei ein Beschluss verabschiedet worden, in dem die Justizminister*innen gebeten werden, „das Thema des NS-Unrechts in die universitäre Juristenausbildung zu implementieren“. Die Antisemitismusbeauftragte teilt mit, dass sie im Jahr 2021 den Co-Vorsitz der BLK übernehmen wird und dann das Thema ‚Antisemitismus und Justiz‘ als Schwerpunkt setzen möchten. Eine Arbeitsgruppe der Kommission arbeite des Weiteren an Empfehlungen zum Umgang mit „antisemitischen Boykottkampagne gegen Israel“, wobei insbesondere auf die Bewegung BDS (Boycott, Divestment, Sanctions) fokussiert wird.

Im Jahr 2020 wurden laut Bericht „alle Polizeibehörden des Landes angewiesen, zentrale Extremismusbeauftragte [...] zu benennen“. Frau

Leutheusser-Schnarrenberger begrüßt es, dass diese Beauftragten „auch für Antisemitismus zur Verfügung stehen“.

In einem Ausblick gibt die Antisemitismusbeauftragte an, dass sie trotz der Pandemie zahlreiche Projekte und Fortbildungsformate, z. B. in Kooperation mit dem Rapper Ben Salomo oder dem Mideast Freedom Forum Berlin, plane. Die oben benannte Lesereihe soll fortgesetzt werden. Ein dazugehöriger Podcast, bei dem auch

Expert*innen zum Thema ‚Antisemitismus‘ zu Wort kommen sollen, sei ebenso in Planung wie die Einrichtung eines Twitter-Accounts und eines Newsletters. (hoe)

Der Bericht zum Download unter:

https://www.land.nrw/sites/default/files/as-set/document/zweiter_bericht_der_antisemitismusbeauftragten.pdf.

Anstieg der Politisch motivierten Straftaten um 8,5 Prozent Minister Reul stellt Verfassungsschutzbericht vor

Das Innenministerium NRW teilt mit: *„Die Corona-Krise ist ein Stresstest für die gesellschaftliche Mitte. Wir werden bombardiert mit Verschwörungsmythen, mit falschen Nachrichten, mit Wissenschaftsfeindlichkeit, Homophobie, Misstrauen‘, sagte Innenminister Herbert Reul bei der Vorstellung des Berichts. Gleichzeitig bleibt das antidemokratische Gedankengut an manchen Menschen haften, die sich dann radikalieren. ‘Im Grunde ein Extremismus, der in der Mitte Anschluss sucht und auch immer häufiger Anschluss findet.’*

Besonders deutlich zeigt sich die zunehmende Radikalisierung in Teilen der Querdenken-Bewegung; fast zehn Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind Rechtsextremisten. Seit März 2020 hat der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz die Protestbewegung im Blick, seit Mai dieses Jahres beobachtet er Teile der Szene. Ihre gewonnenen Erkenntnisse veröffentlicht die Sicherheitsbehörde ergänzend in einem 179-seitigen Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und Corona-Leugnern. ‘Wir sind deutschlandweit das erste Bundesland mit einem Corona-Lagebild’, sagte Reul. In diesem wird analysiert, wie die Corona-Leugner-Szene entstehen konnte und warum Verschwörungsmythen und radikale Parolen verfangen. Laut Verfassungsschutz hat sich in den letzten 20 Jahren eine Unzufriedenheit entwickelt, für die Corona ein Ventil war.

In ihrem Sonderbericht prognostiziert die Sicherheitsbehörde, dass nicht jeder Corona-Leugner nach dem Ende der Pandemie in die gesellschaftliche Mitte zurückkehren wird. ‘Wir müssen aufpassen, dass aus so manchem Querdenker kein extremistischer Querschläger wird. Das verfassungsfeindliche Gedankengut ist ja nicht einfach weg, wenn die Bewegung erlahmt oder die Pandemie eingedämmt ist. Deshalb wird der Verfassungsschutz Teile der Bewegung weiterhin beobachten’, so Reul und brachte eine

der Kern-Aussagen des Berichts auf den Punkt: ‘Was gestern Pegida war, ist heute noch Corona und kann schon morgen etwas ganz Anderes sein.’ Diesem neuen Extremismus widmet sich der Verfassungsschutz unter dem Namen ‘Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates’.

2020 gab es in Nordrhein-Westfalen insgesamt 6.543 Politisch motivierte Straftaten, ein Plus von 8,5 Prozent (2019: 6.032). Der Zuwachs bei den PMK-Zahlen insgesamt ist allein auf den Bereich ‚nicht zuzuordnen‘ zurückzuführen. Darunter fallen Straftaten, die weder rechts, noch links, noch religiös oder ausländisch motiviert sind. In absoluten Zahlen waren das 1.552 Straftaten im Jahr 2020 (2019: 625), ein Anstieg von 148 Prozent. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden haben vor allem zwei Umstände zu diesem enormen Plus geführt: die Kommunalwahlen im September und die Corona-Pandemie. Reul: ‘Anfeindungen und Hass-Mails auf Politikerinnen und Politiker kommen unter anderem aus der Querdenken-Szene. Und wahrscheinlich auch von Menschen aus unserer Mitte oder die früher einmal in unserer Mitte waren.’

Rechtsextremismus bleibt die größte Gefahr für unsere Demokratie: Das Personenpotenzial im Rechtsextremismus ist mit 3.940 Anhängern nahezu unverändert hoch (2019: 4.075). Darüber hinaus gibt es 2.000 gewaltorientierte Rechtsextremisten in Nordrhein-Westfalen. Attentate wie in Hanau und Halle und der Fall der sogenannten Gruppe S. haben gezeigt, wie rechtsextremistische Ideologie Einzelne oder sogar ganze Gruppen zu rechtsterroristischen Angriffen motivieren kann. [...]

Der VS-Bericht zum Download unter:

https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/VS_Bericht_NRW_2020.pdf

Das deutsche Fernsehen und der Fall „Rassismus“ Studie zur medialen Inszenierung von Sinti und Roma

Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung e.V. teilt mit: „Das vermeintliche Wissen, das über Sinti*ze und Rom*nija kursiert, ist geprägt von negativen Stereotypen bei kaum vorhandenen Kontakterfahrungen mit Angehörigen der Minderheit. Die dominierenden Bilder werden durch die Medien verbreitet und als Wahrheiten ausgegeben und rezipiert. Sie beschränken sich außerdem nicht auf Mitglieder der Minderheit, sondern werden ohne Widerspruch auf Menschen aus Bulgarien und Rumänien übertragen. Neben der emanzipatorischen Arbeit einer zunehmenden Zahl an Selbstorganisationen, ist es ein Anliegen dieser Arbeit, die medialen Inszenierungen, deren Schauplätze und Akteur*innen, sowie die dahintersteckenden Wirkmechanismen und Strukturen aufzudecken.

Katharina Peters untersucht am Beispiel der medialen Inszenierung von ‚Sinti und Roma‘ im deutschen Fernsehen, wie Rassismen adaptiert und verbreitet werden. Die mit dem Augsburger Wissenschaftspreis für interkulturelle Studien ausgezeichnete Analyse entlarvt die als Realitäten ausgegebenen Bilder in ihrer Konstruiertheit und schafft so Raum für andere Wirklichkeitsentwürfe, die ein vielfältigeres Bild zulassen und Stereotype negieren. Der diskurs- und medienwissenschaftliche Ansatz leistet einen Beitrag,

Erscheinungsformen des Rassismus in Zeiten eines weltweit erstarkenden Nationalismus am Beispiel von Antiziganismus im deutschen Fernsehen detailliert zu beschreiben. Mit dem Ziel, die Sensibilität für eine diskriminierungsfreie mediale Darstellung zu schärfen und das Bewusstsein für die Realität Deutschlands als eine Einwanderungsgesellschaft zu stärken.

Katharina Peters: Als Mitarbeiterin am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und als Lehrbeauftragte arbeitet sie zu den Themen Rassismus, Antiziganismus und Gender Studies – insbesondere in den Medien. Sie ist Verfasserin der Expertise Diskursivierung von ‚Sinti und Roma‘ und ‚Antiziganismus‘ in Bundestagsdebatten 2010 – 2019 im Auftrag der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, in der sie die politischen Positionen der einzelnen Fraktionen und deren Argumentationsstrategien untersucht.

Für die vorliegende Arbeit wurde sie mit dem Augsburger Wissenschaftspreis für interkulturelle Studien 2020 ausgezeichnet.“

Katharina Peters: Das deutsche Fernsehen und der Fall „Rassismus“. Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im Tatort und in politischen Talkshows, Unrast-Verlag, Münster 2021, 164 Seiten, 18 Euro, ISBN 978-3-89771-775-6

Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts Interventionsversuche und Reaktionsmuster

Die Otto-Brenner-Stiftung teilt mit: „Wie reagieren Akteure der organisierten Zivilgesellschaft darauf, dass Rechte verstärkt versuchen einen ‚Marsch durch die Organisationen‘ anzutreten? Erweisen sich Gewerkschaften, Kirchen, Sportvereine, Wohlfahrtsverbände und Kultureinrichtungen als immun gegen solche Angriffe – oder stellen sie ein Einfallstor für entsprechende Akteure dar? Auf Basis detaillierter Dokumentenanalysen und zahlreicher Interviews werden in der vorliegenden Studie erstmals rechtspopulistische Interventionen und zivilgesellschaftliche Reaktionen analysiert sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten systematisiert. Die Studie zeigt, dass rechtspopulistische Akteure um die Bedeutung der organisierten Zivilgesellschaft wissen. Sie zielen darauf ab, bestehende Kon-

flikte innerhalb der untersuchten Bereiche zu politisieren, um sie somit zu verstärken und thematische Anknüpfungspunkte für ihre politische Agenda zu verankern.“



OBS-Arbeitsheft 102. Autor*innen: Wolfgang Schroeder, Samuel Greef, Jennifer Ten Elsen, Lukas Heller

Die Veröffentlichung zum Download unter:
<https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2020/bedraengte-zivilgesellschaft-von-rechts/>

Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung

Forum für kritische Wissenschaft

Budrich Journals, die Onlineplattform für die wissenschaftlichen Fachzeitschriften des Verlags Barbara Budrich, teilt mit: „Global sind in den letzten Jahren in vielen Gesellschaften politische Geländegewinne der illiberalen Rechten zu verzeichnen. Diese Entwicklung konfrontiert die Forschung, aber auch Medien, Politik und Zivilgesellschaft mit neuen Herausforderungen bzgl. der Erklärung und Einordnung der entsprechenden Phänomene, aber auch hinsichtlich der Verteidigung demokratischer Grundlagen und Verfahren. Diese Herausforderungen werden auf ganz unterschiedliche Weise sichtbar und sozial bzw. politisch bedeutsam: auf der Ebene der Einstellungen und Denkmuster, in Gestalt verschiedenster Handlungspraxen, aber auch in vielfältiger organisatorischer Form, die neben Parteien auch bewegungsförmige und klandestine Strukturen und Netzwerke umfassen kann. Der Blick auf die Entwicklung allein in Deutschland verweist auf die Vielfalt und Wandlungsfähigkeit der Erscheinungsformen der populistischen/extremen Rechten bzw. des völkischen Nationalismus. Zudem hat das Bekanntwerden der rassistischen Morde des NSU sowie nachfolgende Akte rechten Terrorismus‘ die Relevanz des Gegenstandes unterstrichen – nicht zuletzt hinsichtlich der Frage, wie staatliche Kontrollinstanzen, die demokratischen Parteien, zivilgesellschaftliche Akteure sowie Medien auf extrem rechte und rechts-populistische Akteure und deren Aktivitäten reagieren. Schließlich sind die transnationalen Bezüge und Verflechtungen sowie der Einfluss von Ereignissen und Entwick-

lungen auf der Makroebene (internationale Konflikte, Fluchtbewegungen, politische Kultur) wie der Mesoebene (Neuformierung von Gruppen und Bewegungen) nicht zu übersehen.

Seit vielen Jahren gibt es in der Bundesrepublik Deutschland qualifizierte theoretische, empirische und anwendungsbezogene Forschung zu diesen skizzierten Entwicklungen. Doch fehlte bisher eine regelmäßig erscheinende, spezialisierte wissenschaftliche Publikation, die eine hohe Analyse- und Prognosekompetenz bietet und zum zentralen Bezugspunkt der Fachdebatte wird, indem sie innovativen Arbeiten ein Forum bietet, auf qualitativ hohem Niveau Kontinuität herstellt und eine systematische bzw. systematisierende Übersicht schafft.

Die ‚Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung‘ soll Entwicklungen der illiberalen, populistischen bzw. extremen Rechten analysieren, gesellschaftstheoretisch erklären sowie Forschungsmethoden und -ethik sowie Handlungsfelder (Prävention, Intervention, Repression) in diesem Forschungsfeld einer Reflexion zugänglich machen. Die Zeitschrift steht interdisziplinären Zugängen sowie dem Austausch mit überschneidenden Forschungsfeldern offen – wie der Antisemitismus- und Rassismusforschung. Außerdem soll sie den Anschluss an internationale Forschungsdebatten und gesellschaftliche Diskurse ermöglichen.“

Weitere Infos unter: <https://www.budrich-journals.de/index.php/zrex/index>

Frauenhassende Online-Subkulturen

Ideologien – Strategien – Handlungsempfehlungen



Die Amadeu-Antonio-Stiftung teilt mit: „Als Ort für gekränkte Männlichkeit, Sexismus und Antifeminismus spielt das Internet eine zunehmend relevante Rolle. Über Videospieldressen, Messengerdienste oder Soziale Netzwerke kommen User mit antifeministischer Online-Kultur in Kontakt und finden so den Weg in abgeschottete und radikale Echokammern. Im Dark

Social geraten so gerade junge Männer in rechtsextreme Online-Sphären und radikalisieren sich bis zur Gewaltbereitschaft.

Die neue Handreichung „Frauenhassende Online-Subkulturen“ gibt einen Überblick über die zentralen antifeministischen Narrative rechtsextremer Online-Subkulturen, erklärt antifeministische Memes, und vermittelt Einblicke in die gängigsten Plattformen der Online-Rechtsextremen.“

Die Broschüre zum Download:

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/frauenhassende-online-subkulturen-ideologien-strategien-handlungsempfehlungen/>

Entwicklungen der extrem rechten und rechtspopulistischen Szene

Broschüre aus Rheinland-Pfalz

Im Kontext der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz haben der BDKJ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend) und die Heinrich Böll Stiftung in Rheinland-Pfalz ihre gemeinsame Publikation „Entwicklungen der extrem rechten und rechtspopulistischen Szene unter besonderer Berücksichtigung von Rheinland-Pfalz“ veröffentlicht: „Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen eine zunehmende Gefährdung durch die extreme Rechte und den Rechtspopulismus. Hierbei liegt nicht nur eine abstrakte Gefährdung vor, wie die der Demokratie und ihrer Institutionen, sondern

auch Individuen werden konkret bedroht. Die Landesstelle des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Rheinland-Pfalz und die Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz geben hier gemeinsam eine Analyse heraus, die das Verständnis über demokratie- und menschengefährdende Potenziale im Bereich der extremen Rechten und des Rechtspopulismus mit gesondertem Blick auf Rheinland-Pfalz befördern soll.“

Die Broschüre zum Download unter:

https://www.boell-rlp.de/fileadmin/dokumente/FG_Repop/fb2_rp_rex_lage_v2_21.pdf

Rechte Angriffe im Netz

Auswirkungen und Handlungsempfehlungen



Der Verein Opferperspektive teilt mit: „Unter dem Titel ‚Rechte Angriffe im Netz‘ wurde eine neue Broschüre erstellt, die sich insbesondere an betroffene Politiker:innen und aktive Mitglieder der Zivilgesellschaft richtet. Veröffentlicht wurde die Publikation von den Fachberatungsstellen Opferperspektive aus Brandenburg, SUPPORT aus Sachsen und ZEBRA aus Schleswig-Holstein, die Beratung und Unterstützung leisten für Betroffene von rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffen – auch im digitalen Raum.“

Der Verein Opferperspektive teilt mit: „Unter dem Titel ‚Rechte Angriffe im Netz‘ wurde eine neue Broschüre erstellt, die sich insbesondere an betroffene Politiker:innen und aktive Mitglieder der Zivilgesellschaft richtet. Veröffentlicht wurde die Publikation von den Fachberatungsstellen Opferperspektive aus Brandenburg, SUPPORT aus Sachsen und ZEBRA aus Schleswig-Holstein, die Beratung und Unterstützung leisten für Betroffene von rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffen – auch im digitalen Raum.“

In der Publikation wird unter anderem beschrieben, wie man sich vor rechten, rassistischen und antisemitischen Bedrohung im Netz schützen kann, wie Betroffene mit solchen Vorfällen umgehen können und welche juristischen Optionen es gibt. Angereichert werden diese Informationen mit Fallbeispielen aus der Praxis der Fachberatungsstellen. Die Broschüre soll eine unkomplizierte Hilfestellung bieten und einen niedrighschwelligem Zugang zu einem aktuellen Thema ermöglichen.

„Die Zivilgesellschaft steht online unter erheblichem Druck, weil sich Täter:innen dort vor Strafverfolgung sicher fühlen“, meint Judith

Porath, Geschäftsführerin von der Opferperspektive. Mit der Verlagerung des öffentlichen Lebens in den digitalen Raum hätten digitale Angriffe seit Beginn der Corona-Pandemie noch einmal eine neue Dimension erreicht. Ihr Kollege Robert Kusche von SUPPORT ergänzt: „Bedrohungen im Internet können genauso gravierende Folgen haben, wie dies offline der Fall ist. Umso wichtiger ist es, dass Betroffene mit ihren Erlebnissen nicht alleine bleiben und sie wissen, welche Handlungsmöglichkeiten ihnen nach einem rechten Angriff im Netz zu Verfügung stehen.“

Seit es das Internet gibt, wird es von rechten Akteur:innen genutzt. Einerseits um sich zu vernetzen und Anhänger:innen zu rekrutieren, andererseits um menschenverachtende Positionen zu verbreiten und Andersdenkende zu beleidigen, zu bedrohen und zu diffamieren. Je stärker Rechte und Rassist:innen auch soziale Medien für die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie nutzen, desto öfter finden dort Angriffe statt. Da nur wenige dieser Taten angezeigt werden, ist von einem großen Dunkelfeld auszugehen. Diese Broschüre soll ein Impuls gegen diese Entwicklungen setzen und (potenziell) Betroffene stärken.“

Die Veröffentlichung zum Download:

https://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2021/05/WEB_Rechte_Angriffe_im_Netz_170x240.pdf

Begeistert engagiert – Menschen gewinnen und motivieren **Neue BfDT-Praxisbroschüre**



Das Bündnis für Demokratie und Toleranz teilt mit: „Ob Menschen sich längerfristig in einem Projekt engagieren, ist eng mit den Rahmenbedingungen verknüpft. Zu wenig Feedback, Anerkennung oder auch Entwicklungsmöglichkeiten sind nur einige der Gründe, warum Menschen

ihr Engagement abbrechen – oder gar nicht erst starten. Die neue Praxisbroschüre des BfDT beschreibt in 16 Kapiteln Chancen und Herausforderungen der Zusammenarbeit und bietet Tipps und Hilfen, damit Projekte Engagierte gewinnen und auch zukünftig noch motivieren. Neben Informationen zur Mitgliedergewinnung, Weiterbildung von Engagierten und dem Umgang mit Konflikten beinhaltet sie auch einen Abschnitt, der sich speziell mit der digitalen Zusammenarbeit seit dem Beginn der Pandemie auseinandersetzt. Mit der Broschüre möchten wir zivilgesellschaftliches Engagement fördern und die Zusammenarbeit zwischen Projekten und Engagierten stärken.“

Die Broschüre zum Download unter:
<https://www.buendnis-toleranz.de/>

Ist das rechts-extrem? – Zeichen und Gruppen erkennen **Neue Broschüre informiert in Leichter Sprache über Rechtsextremismus**

Die Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus beim AWO LV Schleswig – Holstein und der Aktion Kinder und Jugendschutz teilen mit: „Rechtsextreme Einstellungen sind nach aktuellen wissenschaftlichen Studien in der Gesellschaft weit verbreitet und finden ihren Ausdruck in unterschiedlichsten politischen Aktivitäten, Gruppierungen und Events. Rechtsextreme Aktivist*innen sind gut vernetzt in viele gesellschaftliche Bereiche und versuchen Mitstreiter*innen für ihre menschenverachtende Ideologie zu finden.

Manchmal ist es nicht ganz leicht, ihr bürgerliches Auftreten zu durchschauen, denn längst ist das Bild des glatzköpfigen Neonazis überholt.

Umso wichtiger ist es, die rechtsextreme Weltanschauung zu entlarven und Codes und Symbole der Rechtsextremen Szene zu erkennen und einzuordnen. Die Broschüre geht dabei einen Schritt weiter als bisherige Veröffentlichungen. Erstmals soll Wissen über Rechtsextremismus so vermittelt werden, dass möglichst viele Menschen sich informieren können, um rechts-extreme Positionen und Aktivitäten in ihrem Umfeld zu erkennen. Die Broschüre wurde in Leichter Sprache Level A2 verfasst und mit dem Gütesiegel für Leicht lesen ausgezeichnet.“

Die Broschüre zum Download unter:
<http://www.rbt-sh.de/publikationen/>

Neu in der Bibliothek

Die geforderte Mitte

Neue Studie zu demokratiegefährdenden Einstellungen



Die Friedrich-Ebert-Stiftung teilt mit: „Selten war die gesellschaftliche Mitte so ‘gefordert’ wie heute. Rechtsextremismus, Populismus, Rassismus setzen ihr zu. Alle zwei Jahre untersucht die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in der deutschen Gesellschaft. Die aktuelle repräsentative Umfrage von Dezember 2020 bis Frühjahr 2021 zeigt: Die

‘Mitte’ ist gefordert, Haltung zu zeigen, Position zu beziehen und ihre Demokratie zu stärken! Dazu hat sie das Potenzial.

Hasskampagnen, Gewalt, rechter Terror und neue rechte Gruppen haben die Mitte in den vergangenen Jahren getroffen. Nun kommt die Coronapandemie mit globalen Unsicherheiten und unkalkulierbaren Folgekrisen dazu. Was heißt das für die demokratische Orientierung der Gesellschaft? Die hier vorliegende Mitte-Studie 2020/21 erkennt sowohl Entwicklungen, die die Demokratie fördern, als auch solche, die sie ge-

fährden. Die Mitte selbst schätzt den Rechtsextremismus als größte Bedrohung für die Demokratie ein, und hierin liegt die Chance, ihm zu begegnen. Die Mitte ist gefordert, sich zu positionieren.

Es gibt einen Rückgang bei eindeutigen Zustimmung zu rechten Einstellungen in fast allen Kategorien. Aber: Es gibt wesentlich mehr ‘teils/teils’-Antworten. Das kann bedeuten, dass die Mitte weniger diskriminierende Einstellungen vertritt und sich der Gefahr bewusster wird. Das kann aber auch bedeuten, dass die Mitte in Teilen abwertend eingestellt ist und sich in den Graubereich flüchtet. Ist dieser Rückgang auch in der Lebensrealität der von Rassismus betroffenen Menschen spürbar? Es gibt keinen teil/teils-Rassismus!“

Andreas Zick/Beate Küpper: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21
Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter

Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2021
375 Seiten, 16 Euro
ISBN 978-3-8012-0624-6

Die Studie ist in der Bibliothek des NS-Dokumentationszentrums einsehbar oder steht als PDF zum Download zur Verfügung unter:
<https://www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2021>

Rassistische, antisemitische und extrem rechte Vorkommnisse in Köln und im Kölner Umland

Neues Musikprojekt „Die Konferenz“

Ende Mai wurde die erste Single „Heimat“ des Musikprojekts „die Konferenz“ veröffentlicht. Hierbei handelt es sich um eine Kooperation von 20 Musiker*innen und Aktivist*innen, die größtenteils der rechten Szene zuzuordnen sind. Unter anderem ist der Musiker Xavier Naidoo mit von der Partie. Im Musikvideo ist er zusammen mit dem Frontsänger der eigentlich aufgelösten extrem rechten Band „Kategorie C“, Hannes Ostendorf, zu sehen. „Kategorie C“ hatte bei der HoGeSa-Demonstration 2014 in Köln den Song „Hooligans gegen Salafisten“ präsentiert, der extra für diese Veranstaltung geschrieben worden war. Im Jahr 2019 hatte die Band in Ostritz ihr Abschiedskonzert gegeben.

Der Kölner Miró Wolsfeld ist ebenfalls Teil des Musikprojekts. Er betreibt den Blog „Unblogd“, der unter anderem identitäre und verschwörungsideologische Inhalte verbreitet. Weiter schreibt er regelmäßig für eine Kolumne im „Krautzone Magazin“, in dem auch die „Lukreta“-Aktivistin Reinhild Boßdorf regelmäßig Artikel veröffentlichte. Das Lied „Heimat“ kommentiert er wie folgt: „Denn es ist eine Hymne für euch, die jeden Tag für Deutschland und Freiheit kämpfen, um einfach auch mal danke zu sagen!“. Auch Sebastian Verboket („Fakten Frieden Freiheit“) wirkt an dem Projekt mit, ebenso wie der „Querdenken Anwalt“ Gordon Pankalla („Anwälte für Aufklärung“) aus Köln. Der aus Heinsberg stammende YouTuber Verboket erlangte unter anderem dadurch an Bekanntheit, dass er öffentlichkeitswirksam behauptete, der Anschlag in Hanau vom Februar 2020 habe nichts mit Rassismus zu tun. Er rief dazu auf, nicht allem zu glauben, was im Fernsehen zu sehen sei, sondern selber zu recherchieren. Er bezeichnete den rassistisch motivierten Anschlag als „false flag“, womit ein Täuschungsmanöver oder eine verdeckte Operation des Geheimdienstes gemeint ist. Gegenüber netzpolitik.org sagte er: „Wenn Sie mich wirklich in die rechtsradikale Verschwörungsecke stellen wollen, können Sie das gerne tun. Das juckt mich ehrlich gesagt nicht.“

Die Kooperation mit Hannes Ostendorf verdeutlicht die Verbindungen des Projektes in die rechte Szene einmal mehr. Überschneidungen zwischen Ostendorf und der Szene, die die Proteste gegen die Corona-Schutzverordnungen

trägt, gab es jedoch schon zuvor. So mobilisierte der Sänger beispielsweise am 6. Dezember 2020 nach Düsseldorf, um sich dem Protest von „Querdenken“ anzuschließen (s. ibs-Newsletter Januar 2021). Vor Ort waren zahlreiche rechte Hooligans, die dem Ruf von Ostendorfs gefolgt waren.

Frank Kraemer nahm das neue Musikprojekt am 4. Juni 2021 zum Anlass um Hannes Ostendorf zu seinem „Der Dritte Blickwinkel“-Podcast einzuladen. Hier tauschen sich die beiden über die Band „Kategorie C“ und das neue Musikprojekt „die Konferenz“ aus. Ostendorf sagt zum Musikprojekt unter anderem: „Nun der Xavier sagte dann zu mir ‚Ja genau, ich will dich haben dort, weil wir müssen alle über unseren eigenen Schatten springen in der heutigen Zeit. Es geht eben halt um unsere Heimat und ihr seht ja selber, was in diesem letzten Jahr passiert ist, wozu die Regierung fähig ist oder wozu die Regierung nicht fähig ist, weil sie eben unfähig ist.‘ Weiter unterhalten sich Kraemer und Ostendorf über „Zensur“, die ihnen widerfahren sei, und tauschen sich über Erfahrungen mit der sogenannten „Nazikeule“ auf. Hier hält Ostendorf unter anderem fest: „Es ist doch schön rechts zu sein. Also rechts ist doch nichts Schlimmes.“ Im Video zu dem Lied „Heimat“ sind unter anderem Bilder von Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zu sehen. Hier wird neben patriotischen Inhalten bewusst die Nähe zu Protesten gewählt, die mit antisemitischen Verschwörungserzählungen hantieren. Neben Naidoo werden auch Verboket und Ukvalo, ein verschwörungsideologischer Rapper aus Hessen, als Texter des Liedes „Heimat“ angegeben.

Einen Tag bevor „die Konferenz“ mit ihrem ersten Song an die Öffentlichkeit trat, wurde das Lied „ich mach da nicht mit“ veröffentlicht. Auch hier wirkt Xavier Naidoo mit. Hier firmen die Musiker unter dem Titel „Rapbellions“. Die Inhalte setzen sich unter anderem aus Agitation gegen die Corona-Impfungen und der Corona-Schutzmaßnahmen zusammen. Ebenfalls am Start ist Sebastian Verboket („Fakten Frieden Freiheit“) mit. Im Video ist er neben dem rechten Rapper Sascha Vossen (Jüchen, Rhein-Kreis Neuss) alias „Master Spitter“ und weiteren Aktivist*innen der „Corona Rebellen Düsseldorf“ zu sehen. (rh)

Kunstspaziergang am Bonner Rheinufer teilweise zerstört

In der Nacht von Sonntag, den 30. auf Montag, den 31. Mai 2021, wurden in Bonn mehrere Bilder eines Kunstspaziergangs zerstört und einzelne Bilder gestohlen. Der Kunstspaziergang bestand aus insgesamt 40 Straßenfotografien des Bonner Künstler Till Eitel, der mit der Ausstellung dazu einladen wollte, „ein Stückchen Paris am Rheinufer in Bonn zu genießen“. Am Samstag hängte er die Fotografien an der Bonner Rheinpromenade zwischen dem Aufgang zur Tempelstraße und dem alten Wasserwerk auf. Am nächsten Morgen musste Eitel feststellen, dass 19 seiner Straßenfotografien von den Laternen gerissen und zerstört wurden. Einzelne Fotografien blieben unauffindbar. Auffällig ist, dass nur Bilder zerstört wurden, die homosexuelle Menschen, Schwarze, Muslime und Muslime oder Jüdinnen und Juden zeigen. Dies lässt

auf ein rassistisches, antisemitisches und homo-feindliches Motiv der Täter*innen schließen. Der Bonner Staatsschutz hat laut Polizeibericht die Ermittlungen aufgenommen.

Der Kunstspaziergang war noch bis Mitte Juni an der Rheinpromenade zu sehen. Eitel hatte sich dazu entschieden, an den Orten, wo die fehlenden Bilder hingen, Plakate aufzuhängen, die sein Statement zu der Zerstörung zeigen. Hier heißt es unter anderem: „Denn dies war keine blinde Zerstörungswut, kein Frust ablassen, dies war eine Botschaft: ‚Wir wollen hier keine Minderheiten sehen!‘ Damit war es kein Angriff auf meine Ausstellung, sondern ein Angriff auf unsere freiheitliche Gesellschaft, auf die Bonner Stadtgesellschaft.“ Auf seiner Website „eswareinmal.eyetill.com“ sind die fehlenden Bilder noch zu sehen. (rh)

Aktionen von Impfgegner*innen

Im Kölner Stadtgebiet tauchen immer wieder Sticker und Graffiti auf, die die Corona-Pandemie als Lüge bezeichnen. Zwei Beispiele unter vielen: Mitte Juni wurde mit weißer Sprühfarbe „Lügen“ vor dem Testzentrum am Lenauplatz gesprüht, auch ein Testzelt in Köln Braunsfeld wurde markiert.

In der Nacht zum Montag, den 24. Mai 2021, wurde in Köln Ostheim eine mobile Corona-Teststation beschädigt. Ein „Corona-Test-Gelenkbus“, welcher zum Tatzeitpunkt in der Gernsheimer Straße parkte, wurde von Unbekannten mit einem Feuerlöscher attackiert. Der Inhalt des Feuerlöschers wurde durch die Schwenktüren des Busses gesprüht und sorgte dafür, dass alle Testutensilien unbrauchbar gemacht wurden.

Anfang Juni veröffentlichte der Neonazi Frank Creamer ein thematisch passendes neues Solo-Lied. Der Gitarrist der Rechtsrockband „Stahlgewitter“ greift dieses Mal zur Akustikgitarre und agitiert gegen Impfungen und fantasiert vom „Great Reset“. So heißt es: „Denn ich leugne Covid nicht. Doch ich bezweifle das Gewicht. Mainstream und Politiker. Und die Lobbyisten-schar. Drost, Schwab und auch Herr Spahn. Nur das sollen wir nicht erfahren. Sie werkeln an dem Great Reset. Totalkontrolle, Covid-App Doch sie brauchen was zum tarnen. Z.B. vor n'em Virus warnen“. Der „Great Reset“ ist eine Verschwörungserzählung, die anschlussfähig an antisemitische Stereotype ist. Es werde eine neue Weltordnung geschaffen, die von der „globalen Finanzelite“ bestimmt sei. Diese „Eliten“ hätten die Corona-Pandemie geplant, um so die neue Weltordnung zu etablieren. (rh)

Angriff auf Bewohner*innen einer Asylunterkunft in Erkelenz-Kückhoven

Am Sonntag, den 13. Juni 2021, wurde die Türe einer Asylunterkunft in Erkelenz-Kückhoven eingetreten und drei Bewohner*innen verletzt. In der Nähe der Unterkunft an der Kazemer Straße saßen mehrere Personen zusammen und feierten. Unter ihnen war auch ein Bewohner der Asylunterkunft. Als unter den Feiernden ein Streit entstand, ging dieser in die Unterkunft zurück. Kurze Zeit später schlugen drei bis vier

Unbekannte die Türe der Unterkunft ein und griffen zwei Bewohner*innen an. Eine Person wurde durch die Schläge und Tritte der Angreifer leicht, die andere Person schwer verletzt. Eine Bewohnerin wollte die Auseinandersetzung schlichten und wurde ebenfalls leicht verletzt. Weitere Hintergründe sind derzeit noch nicht bekannt. (rh)

Prozess gegen B. Pfaffenholz

Am 16. Juni 2021 fand der mehrfach verschobene Prozess gegen Bianca Pfaffenholz („Köln ist aktiv“) statt. Neben ihr wurde eine weitere Person angeklagt, im Mai letzten Jahres Leiter*innen einer nicht angemeldeten Spontanversammlung zu sein.

Anfang Mai letzten Jahres zogen mehrere hundert Gegner*innen der Corona-Schutzverordnung durch die Kölner Innenstadt. Die knapp 500 Teilnehmer*innen des „Spazierganges“ missachteten den Mindestabstand und demonstrierten ohne Mund-Nasen-Schutz. Weiter skandierten sie Parolen wie „Wir sind das Volk“, „Corona ist eine Lüge“ und „Merkel muss weg“ und forderten Passant*innen auf, ebenfalls die Masken abzusetzen und ohne Masken die Geschäfte zu betreten.

Pfaffenholz behauptete, nur Teilnehmer*in des sogenannten Spaziergangs gewesen zu sein. Aus der vorher stattgefundenen „Meditation für das Grundgesetz“ habe sich spontan eine

Gruppe an Menschen gebildet, die gemeinsam durch die Kölner Innenstadt zogen. Laut Gericht hatte Pfaffenholz jedoch den Weg des Spaziergangs vorgegeben und sei am „Endpunkt“ des Spaziergangs am Kölner Dom als Rednerin aufgetreten. Hier habe sie mithilfe einer Trillerpfeife für Ruhe gesorgt, um ihrer Rede Zuhörer*innen zu verschaffen. Als sie die Rede beendete, hätte sich die Kundgebung aufgelöst.

Pfaffenholz habe der Kundgebung faktisch als Leiterin vorgestanden; sie habe gegen das Versammlungsgesetz verstoßen, so das Urteil. Die Verhandlung endete mit einer Verwarnung Pfaffenholzs. Sie wurde zu dreißig Tagessätzen à zehn Euro verurteilt, wobei dies als Bewährungsstrafe zu verstehen ist. Die Verwarnung wurde damit begründet, dass Pfaffenholz bislang nicht vorbestraft sei und sie nach der Versammlung im Mai ihre Demonstrationen und Kundgebungen immer angemeldet habe. (rh)

Prozess gegen AfD-Funktionär

Am 23. Juni 2021 fand die letzte Hauptverhandlung im Fall eines Bonner AfD-Funktionärs wegen gefährlicher Körperverletzung und Unfallflucht statt. Der Prozess wurde am 20. November 2019 erstmals verhandelt und zog sich dann über ein Jahr hin.

Angeklagt war Felix Alexander C., stellvertretender Sprecher der Bonner AfD und für die Partei in der Bonner Bezirksvertretung. Weiter bekleidet der 24-Jährige das Amt des Schatzmeisters der „Jungen Alternative NRW“ und tritt für die „Junge Alternative Köln“ als stellvertretender Sprecher auf. Zudem ist er Mitglied der pflichtschlagenden Bonner Burschenschaft Frankonia. Der Prozess bezog sich auf ein Ereignis aus dem Jahr 2019. Am 7. April fand im Rahmen des Europawahlkampfes eine Veranstaltung der „Alternative für Deutschland“ im Kalker Bürger*innenhaus in Köln statt. Die Veranstaltung wurde von rund 2.000 Protestierenden begleitet. Am Abend fuhr Felix Alexander C. mit einem Bekannten zurück nach Bonn. Auf dem Nachhauseweg kam er wenige Meter vom Veranstaltungsort entfernt an einer Ampel zum Stehen. Auf dem Übergang befand sich eine Fußgänger*innengruppe, die größtenteils aus Gegendemonstrant*innen bestand. Diese bewegten sich langsam über die Straße und verhinderten so, dass das Auto trotz Grünphase fahren konnte.

Daraufhin fuhr C. mit dem Auto so nah an die Gruppe heran, dass er eine Person an den Beinen berührte und ihn leicht vorschob, um ihn zum Weitergehen zu bewegen. Als dies scheiterte, setzte er kurz zurück und fuhr leicht auf der Gegenfahrbahn erneut los. Dabei touchierte er einen Rollstuhlfahrer und fuhr einen Menschen an. Diese Person, die im Prozess als Nebenkläger auftauchte, sprang, um nicht umgefahren zu werden, auf der Motorhaube und konnte nach wenigen Metern abspringen. Statt Erste Hilfe zu leisten, fuhr C. mit aufheulendem Motor davon. Der Nebenkläger erlitt Verletzungen an beiden Knien und kam ins Krankenhaus.

Während des ganzen Prozesses, der auch von weiteren AfD-Mitgliedern und Sympathisant*innen besucht wurde, inszenierte sich C. als „Opfer“. C. berichtete, dass er auf dem Nachhauseweg mit dem Auto an einer roten Ampel unweit des Veranstaltungsortes stehen bleiben musste. Das Auto sei daraufhin von einer Gruppe Gegendemonstrant*innen umringt worden. Eine Person soll sich mit erhobener umgedrehter Bierflasche der Beifahrertüre genähert haben. C. habe Angst gehabt, so eingeschlossen in dem Auto. Draußen sei es auch dunkel gewesen. Daraufhin sei er mit dem Auto zurückgefahren, habe eine Lichthupe getätigt und sei langsam

auf die Gegenfahrbahn gefahren, um die Gruppe zu umfahren und der Situation zu entkommen. In diesem Moment sei der Nebenkläger auf das Auto gesprungen. Keine anderen Zeug*innen bestätigten jedoch diese Version. Der Nebenkläger betonte seinerseits, dass er keinen anderen Ausweg gesehen habe, als auf das Auto zu springen, um nicht unter dem Auto zu landen.

Cs Anwalt versuchte eine Rechtfertigung der Handlung, indem er Zeug*innen Fragen stellte wie: „Wurden böse Sachen gerufen wie Nazis raus oder wir schlagen euch tot?“ Im Mittelpunkt stand die Frage, wer die Schuld an dem Unfall trug und wer wen angegriffen hatte. Hatte die Gruppe um den Nebenkläger diesen Unfall provoziert und C. somit einen Grund gegeben, einen von ihnen umzufahren? Dabei entstand mitunter der Eindruck, dass weniger das Tatgeschehen, als vielmehr die Stimmung und die Ideologie der als „linke Gegendemonstrant*innen“ assoziierten Personen untersucht wurde, während das Handeln und die Ideologie des Bonner Parteifunktionärs ausgespart wurde. Entscheidende Fragen wurden nicht gestellt. So wurde sich nicht erkundigt, ob es für C. auch andere Optionen gegeben hätte, aus der für ihn subjektiv beängstigenden Situation heraus zu kommen. Es wurde nicht gefragt, warum er nicht einfach wendete und in die entgegengesetzte Richtung davonfuhr. Es wurde nicht gefragt, warum er oder sein Beifahrer nicht die Polizei verständigte, sowohl vor als auch nach dem Unfall.

Von dem Unfall existiert ein Video, das zeigt, wie der Nebenkläger auf der Motorhaube des Autos hängt und abspringt. Anhand dieses Videos konnte ein Sachverständiger die ungefähre Fahrtgeschwindigkeit des Autos ermitteln (zwischen 8 und 10 km/h). Er betonte, dass eine Geschwindigkeit von 8 km/h schon enorm sei und zu ernsthaften Verletzungen führen könne.

Oberstaatsanwalt Willuhn erklärte, dass die Gegendemonstrant*innen C. wahrscheinlich provozieren wollten, als sie langsam über die Ampel gingen. Daraufhin habe C. provoziert, indem er vorfuhr und eine Person der Gruppe an den Beinen berührte. Als Reaktion klopften diese auf die Motorhaube und riefen ihm

Parolen zu. Infolge dessen fuhr C. zurück und stoisch geradeaus, womit er auf den Nebenkläger zuhielt. Dieser sprang auf die Motorhaube, um der Situation zu entkommen. Für ihn sei es irrelevant, wie schnell genau das Auto gewesen sei, erklärte Willuhn. Die entscheidende Frage sei, ob das Ganze gefährlich war. Der Nebenkläger hätte auch mit den Beinen unter dem Auto landen können. Er sah es als bestätigt an, dass das Auto verkehrswidrig bzw. in diesem Moment als Waffe verwendet worden sei. Dennoch räumte der Oberstaatsanwalt ein, dass C. nicht primär die Absicht verfolgt habe, den Nebenkläger zu verletzen. Den Tatbestand der Notwehr sah er nicht als gegeben.

Das Amtsgericht Köln verkündete folgendes Urteil: Felix Alexander C. wird wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und gefährliche Körperverletzung und Unfallflucht zu 7 Monaten auf Bewährung verurteilt. Weiter muss C. dem Nebenkläger ein Schmerzensgeld in Höhe von 250 Euro auszahlen. Dabei wird in Betracht gezogen, dass der Nebenkläger keine nachhaltigen Schmerzen und Beeinträchtigungen davon getragen hatte. Die Kosten des Verfahrens muss C. ebenfalls tragen. Außerdem muss er seinen Führerschein für drei Monate abgeben.

Die Vorsitzende Richterin Dr. Schotten erläuterte, dass nicht bestätigt sei, dass der Angeklagte mit Absicht gehandelt habe. Bei der Körperverletzung handle es sich um einen minder schweren Fall, da die Gruppe den Angeklagten zuvor provoziert habe. Dem Argument der Notwehr folgte das Gericht nicht, sondern hielt wie – wie auch die Staatsanwaltschaft – fest, dass es keine Bedrohung gegeben habe, welche eine Notwehr rechtfertigen würde. Der Tatbestand der Unfallflucht sei erfüllt, da C. nach dem Unfall weitergefahren sei.

Strafmildernd wirkte in das Urteil ein, dass C. nicht vorbestraft ist und das erste Mal vor Gericht stand. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, Felix Alexander C. kann in Berufung gehen. (rh)

Eine ausführliche Version des Artikels unter:
www.mbr-koeln.de

Bildnachweise:

- S. 2: Dirk Lukaßen/NS-DOK (o.); Kölnisches Stadtmuseum – Graphische Sammlung (u.)
S. 2: rba_c015223, Gestaltung: Georg Bungarten (o.)
Thomas Janzen, Gestaltung: Georg Bungarten (u.)
S. 4: Coach e.V.
S. 5: LVR (o.), Stefan Arendt/LVR-ZMB (u.)
S. 7: decolonial_killjoy
S. 8: Michael Praun
S. 10: Bodleian Libraries, University of Oxford/LVR
S.11: LVR Landesjugendamt Rheinland
S. 13: Caritas Köln
S. 14: HOR
S. 17: iStock.com/mammuth/Land NRW
S. 19: OBS
S. 20: AAS
S. 21: Opferperspektiven e.V.
S. 22: BfDT
S. 23: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 28.06.2021

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.